

Breslauer



Beilage.

N. 246.

Donnerstag den 5. September

1850.

Telegraphische Korrespondenz

für politische Nachrichten und Fonds-Course.
Paris, 2. September. Drei neue Departemental-Räthe sprechen sich für Revision der Verfassung aus. Die Legitimisten beschuldigen die Regierung, daß sie auf die Entschlüsse der Departemental-Räthe Einfluß ausübe, und wird deshalb eine sehr stürmische Legislative erwartet.
Die Union bekämpft die präsidentielle Regierung. Die neueste Nummer der legitimistischen Mode wurde von der Polizei mit Beschlag belegt.
Heute hat eine Sitzung der Permanenz-Kommission stattgefunden. Morgen reist der Präsident nach Cherbourg.
3% 57, 85. 5% 96, 20.
Hamburg, 3. September. Berlin-Hamburger 91 1/2. Köln-Minden 97 1/2. Magdeburg-Wittenberge 57. Nordbahn 40. Wechselkurse unverändert.
Frankfurt a. M., 3. September. Dänemark beantragt bei der Bundesversammlung die Ratifikation des Friedensvertrages.
Nordbahn 43 1/2. Wien 101 1/2.
Kiel, 3. September. Die Landesversammlung wird auf den 9. d. M. einberufen.
Kassel, 2. September. Die kurhessische Stände-Versammlung ist aufgelöst worden, nachdem sie die Bewilligung der direkten Steuern für das dritte Quartal des Jahres verweigert hatte. Zugleich sind die kurhessischen Kammerherren auf den 5. d. M. einberufen.
Athen, 27. August. Zahlreiche Beamtenveränderungen, namentlich in der Branche der Konsuln. Wegen ausgesprochener Unabhängigkeit der griechischen Kirche ist ein Edikt am 1. September in ganz Griechenland angeordnet worden. In den griechischen Staatskassen herrscht großer Geldmangel.
Nhodus, 17. August. Die türkische Flotte ist hier eingetroffen.
Smyrna, 26. August. Die britische Flotte ankert noch immer vor Malta.
Turin, 31. August. Es wird quasioffiziell widerlegt, daß Piemont Frankreichs Vermittlung in dem römischen Streit angenommen habe. Nach dem Riformimento wurden die Missionäre des Kollegiums Alboroni in Venedig nach der (bereits gemeldeten) strengen Durchsichtung vom Herzog des Landes verwiesen.

Uebersicht.

Breslau, 4. Septbr. Der neueste Staats-Anzeiger veröffentlicht das am 3. Septbr. vollzogene Protokoll der Sitzung des Fürsten-Kollegiums vom 30. August. In dieser Sitzung wurde die Einladung Österreichs zur Besichtigung des Bundesstadts so wie die Antwort Preußens darauf vorgelesen. (S. die Artikelsteile unter Berlin.) Hier auf wird ein Schreiben des bairischen Bevollmächtigten v. Meyenbug zur Kenntnis gebracht, worin er von der Versammlung mit bezüglichen Worten sich verabschiedet, da er seine Funktionen als Gesundheitsrath habe niederlegen müssen. Dieses Schreiben wird sofort auf eben so freundliche Weise beantwortet. (An Stelle des Hrn. v. Meyenbug wird Baden den Legationsrath v. Porbeck nach Berlin und ins Fürstenkollegium senden.) Schließlich werden noch mehrere Gesetzentwürfe für die Union vorkäuflich mitgetheilt.
Die energische Antwort Preußens so wie die begleitende Denkschrift auf die österreichische Einladung zur Besichtigung des „engeren Rathes“ sind nun dem Wortlaut bekannt. Wie aus Berlin gemeldet wird, sollen sämtliche Union-Regierungen die österreichische Einladung auf ähnliche Weise beantwortet haben. Selbst Hessen-Darmstadt will, wenn sich Preußen am „engeren Rath“ nicht betheiligt, seinen Bevollmächtigten aus Frankfurt a. M. zurückziehen. Dennoch hofft eine gewisse Partei in Berlin auf eine Verständigung Österreichs mit Preußen, indem letzteres nachgeben und in eine freie Berathung (nicht als Bundesrat) aller deutschen Bevollmächtigten willigen werde. Wahrscheinlich werden jedoch diese Kreuzzeitungs-Männer ihre Hoffnung etwas herabstimmen, wenn sie vernommen haben, daß nichts desto weniger der „enger Rath“ am 2. September eröffnet worden ist und das Wiener Kabinett seinen Bevollmächtigten in Frankfurt, Grafen Thun, nachdrücklich angewiesen hat: „energisch vorzugehen.“ (S. Frankfurt.)

Die königliche Zeitung macht uns mit der preussischen Note bekannt, welche als Antwort auf die Forderung Englands: Preußen solle die Ordnung und Ruhe in Schleswig-Holstein wieder herstellen — nach London geschickt worden ist. Auf eine zweite ähnliche Aufforderung ist eine zweite noch kräftigere Abweisung erfolgt. — Eine dritte Aufforderung Englands: Preußen solle das londoner Protokoll vom 2. August unterzeichnen, ist mit einem energischen Proteste beantwortet worden.
In Berlin sind die Wahlen zum Gemeinderathe in der dritten Klasse meist konservativ ausgefallen.
In Königsberg ist am 1. Septbr. der Guttenbergs-Bund aufgelöst worden.
In Württemberg ist die Forterhebung einzelner Steuern angeordnet und zugleich eine Verfügung über die einwillige Sicherstellung derselben erlassen.
Die Kammer zu Kassel hat am 31. August die Verweigerung der direkten Steuern ausgesprochen; die indirekten zwar auf einen Monat ferner bewilligt, aber sie sollen deponirt werden. Der Landtags-Kommissar erklärte bei dieser Gelegenheit: die Regierung verlange gar nicht das Vertrauen des Landes, sie brauche nur Geld. Hasspflug ist in Kassel eingetroffen, und da er nicht Lust hat, die Sitzung der Regierung aus den Händen zu geben, so ist die Kammer am 2. Septbr. abermals aufgelöst worden. Zugleich sind aber sämtliche kurhessische Kriegs-Reserven zum 5. Septbr. einberufen worden.

Bei dem österreichischen „engeren Rath“ zu Frankfurt hat Dänemark die Ratifikation des dänischen Friedens beantragt.
Das schleswig-holsteinische Heer liefert den Dänen täglich Vorrathsgüter. Die Hauptmacht der Dänen wagt sich hinter ihren Werkschutten nicht hervor. — Das schleswig-holsteinische Heer dürfte jetzt gegen 40,000 Mann zählen. — Die schleswig-holsteinische Landesversammlung ist zum 9. September einberufen worden.

Nun ist auch ein österreichisches Kriegsschiff in der Ostsee angekommen.
Der ministerielle Wiener „Lloyd“ will mit Sicherheit wissen: daß der König von Dänemark zu Gunsten des Großherzogs von Oldenburg dem Throne entzogen will, und daß letzterer bereit sei, die dänische Krone anzunehmen.
In der Nähe von Leipzig soll ein österreichisches Truppencorps von 17,000 Mann zusammengezogen werden.
Nachrichten aus Wien sprechen wieder von dem Einrücken österreichischer Truppen in das Großherzogthum Baden.
In Paris steht sich namentlich die legitimistische und napoleonistische Partei feindselig gegenüber. Es sprechen sich immer mehr Departemental-Räthe für Revision der Verfassung aus. Die Legitimisten beschuldigen die Regierung, daß sie auf diese Beschlüsse Einfluß ausübe. Der englische Hof legt für Louis Philipp auf 10 Tage Exar an. In Rio Janeiro herrscht große Aufregung wegen Fortführung eines brasilianischen Forts durch einen englischen Kriegsdampfer. Man will sich deshalb an England durch enorm hohe Zölle rächen.

Preußen.

Berlin, 3. Septbr. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem geheimen Ober-Regierungsrath und kommissarischen Direktor der Abtheilung für die katholisch-kirchlichen Angelegenheiten im Ministerium der geistlichen Angelegenheiten, Aulike, den rothen Alerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub zu verleihen; die bisherigen kommissarischen Vorsteher der Ober-Postdirektionen in Breslau, Magdeburg und Koblenz, Ober-Post-Direktor geheimen Regierungsrath Kämpfer, Ober-Postdirektor Gerke und Ober-Postdirektor Winckler, als Ober-Post-Direktionsvorsteher zu bestätigen; die kommissarischen Ober-Post-Direktoren geheimen Regierungsrath Meyer für den Ober-Post-Direktionsbezirk Köln, Poststrahl für den Ober-Postdirektionsbezirk Weisburg, Post-Inspetor Friedrich für den Ober-Postdirektionsbezirk Düsseldorf, Post-Inspetor Schröder für den Ober-Postdirektionsbezirk Ansbach, Ober-Postsekretär Stiepel für den Ober-Postdirektionsbezirk Trier, zu Ober-Postdirektoren, und die Bureau-Vorsteher der Ober-Postdirektionen geheimen Regierungsrath Lenz in Magdeburg, geheimen expedirenden Sekretär Friske in Potsdam, geheimen expedirenden Sekretär Kadeke in Marienwerder, Postminister Richter in Münster, Ober-Post-Sekretär Haffe in Aachen, Ober-Postsekretär Bauer in Posen, Ober-Postsekretär Petersen in Minden, Postverwalter Eichholtz in Ansbach, Postsekretär Kurzmann in Erfurt, so wie den Bureau-Vorsteher bei der Telegraphen-Direktion in Berlin, Post-Inspetor Gottbrecht, zu Poststrahlen; den Oberlandesgerichts-Präsidenten a. D., v. Hellermann, und den bisherigen Landrathsamts-Verweser Winterfeld, zu Landräthen; und den Kaufmann W. Backow in Gothenburg an Stelle des auf seinen Wunsch entlassenen bisherigen Konsuls Willerding zum Konsul daselbst zu ernennen.

Auf den von Se. Majestät dem Könige genehmigten Vorschlag Ihrer Majestät der Königin sind die erledigten Stellen im Kapitel des Kuffen-Ordens der Frau wirklichen geheimen Raths v. Bassewitz, der verwitweten Frau Wägenmeister Unger und der verwitweten Frau Rechnungsrathin Dietrich allergnädigst verliehen worden.

Das heute vollzogene Protokoll der 24. Sitzung des provisorischen Fürsten-Kollegiums lautet im Auszuge wie folgt:
Verhandelt Berlin, den 30. August 1850, Vormittag 11 Uhr in Gegenwart:

aus der ersten Kurie: für Preußen: des Vorstehenden, königlichen General-Lieutenant von Radowicz, und des königl. Gesandten bei der schweizerischen Eidgenossenschaft und geheimen Legationsrath v. Sydow; — aus der zweiten Kurie: für Sachsen-Weimar, von Sydow; für Sachsen-Koburg-Gotha, für Sachsen-Altenburg, für Anhalt-Desau u. Köthen, für Anhalt-Bernburg, für Schwarzburg-Sondershausen, für Schwarzburg-Rudolstadt, für Rhenl. Ältere Linie und für Rhenl. Jüngere Linie: des herzoglich-sachsen-meiningischen Staatsraths Seebach; aus der dritten Kurie: für Braunschweig: Staatsrath Seebach; des von dem abwesenden großherzoglich-badischen Legationsrath v. Schaaf, substituirten Syndikus Dr. Bank; für den herzoglich-badischen Legationsrath Dr. Eber; für die freie und Hansestadt Lübeck: des hamburgischen Syndikus Dr. Bank, freie und Hansestadt Bremen: des desernannten Bank, in Vertretung des Bürgermeisters Schmidt, als des ernannten Bank, in Vertretung der freien und Hansestadt Hamburg: des bevollmächtigten für Bremen: für Baden: des königl. Gesandten v. Sydow; aus der vierten Kurie: und geheimen Legationsrath bei der schweizerischen Eidgenossenschaft, badenschen Bevollmächtigten v. Sydow, in Vertretung des großherzoglich-badischen Legationsrath v. Sydow, in Vertretung der für Nassau, für Waldeck und für Lippe: des herzoglich-nassauischen Präsidenten Vollpracht. Das Protokoll führt der königl. preussische geheime Justizrath Bloemer.

Das Protokoll der 22. und 23. Sitzung wird verlesen, von den Mitgliedern des provisorischen Fürsten-Kollegiums genehmigt und von diesen und dem Protokollführer unterzeichnet.
Der Vorstehende übergibt die in der 23. Sitzung der Regierung d. M. verlesene Erwiderung der königl. preussischen Regierung auf die zur Betheiligung an der Repräsentation des Bundesstadts ergangene Einladung der kaiserl. österreichischen Regierung vom 14. d. M., sammt der dieser Erwiderung in einer besonderen Denkschrift beigefügten, in jener Sitzung ebenfalls verlesenen Rechtsausführung. Beide Aktenstücke, so wie die bezogene Einladung der österreichischen Regierung, nebst ihren Anlagen und dem beigefügten Protokolle als Anlagen A beigegeben.
Der Vorstehende legt dem provisorischen Fürsten-Kollegium das folgende bei ihm eingegangene Schreiben des bisherigen großherzoglich-badischen Bevollmächtigten, Freiherrn von Meyenbug vor:

Herr Excellenz habe ich in Kenntnis zu setzen die Ehre, daß Se. königl. Hoheit der Großherzog, mein gnädigster Herr, auf mein durch Se. Gnade beauftragtes Verlangen, mich von der Stelle eines Bevollmächtigten zum provisorischen Fürsten-Kollegium zu entheben geruht hat. — Indem ich somit aus der Versammlung aussteige, welcher ich seit der ersten Wirksamkeit des Bundes vom 26. Mai v. J. angehört, höre ich die Ehre, tritt mir wiederholt der ganze Ernst der hochwichtigen Aufgaben vor die Seele, an deren Lösung mitzuwirken auch mir nach meinen geringen Kräften vergnügt war. Nicht ohne Zuversicht auf Erfüllung spreche ich den Wunsch aus, daß sich zum Heile des großen Vaterlandes wie der einzelnen deutschen Länder endlich der großen Bundesangelegenheit und der geordneten Macht, welche die Gründung des Bundeslebens leitend waren, in fester Weise zu verknüpfen. Für mich wird eine der ehrenvollsten Erinnerungen meines Lebens in der Betheiligung an einer Thätigkeit liegen, welche unter den

schwierigsten Verhältnissen redlich nach einem sicheren Boden freier Einnahme strebte. — Wenn ich die Pflicht erfüllen, jedem der verehrten Herrn Kollegen für das mir bewiesene freundliche Wohlwollen, für das gewährte Vertrauen zu danken. Da mich die Ferne trennt, ersuche ich Herrn Excellenz, dem Kollegium meinen Abschiedsgruß mit der Bitte um ein geneigtes Andenken übergeben zu wollen. Ich vertraue zugleich, daß hochdieselben persönlich mit jenen geneigten Gesinnungen erhalten werden, auf welche ich bisher, mit treu ergebensten Gefühlen, zählen zu können geglaubt habe. — Genehmigen Herr Excellenz die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung. Badenweiler, den 10. August 1850. Meyenbug.

Der dem provisorischen Fürsten-Kollegium durch den Inhalt dieses Schreibens gewiß wertvoll eines Ehrenmannes, eines Mannes, dessen Herz bei der Sache war, hat den Vorstehenden, wie dieser zufügt, zu dem Entwurf einer Namens des Kollegiums an den Freiherrn v. Meyenbug sofort zu richtenden Erwiderung verpflichtet. Diese Erwiderung die nach geschehener Mittheilung als der getreue Ausdruck der Empfindungen, die in dem Kollegium für den Scheidenden leben, allseitig anerkannt und bestätigt wird, lautet also:

Nachdem das provisorische Fürsten-Kollegium bereits in seiner 21. Sitzung durch den Herrn geheimen Legationsrath v. Sydow eine vorläufige Nachricht von Herrn Hochwohlgeboren Entschließung, Jhres ertheilten Gesundheitszustandes wegen nicht in seine Mitte zurückzukehren, erhalten, und — wie das Protokoll besagt — „mit tiefem Bedauern und aufrichtiger Theilnahme“ entgegengenommen hatte, habe ich demselben heute, in der 24. Sitzung, Jhre an mich gerichtete, geehrte Zuschrift vorgelegt. — Das provisorische Fürsten-Kollegium beehrt sich demzufolge, Herrn Hochwohlgeboren auszusprechen, wie sehr es dem Verlust eines Mitgliedes bedauert, welches seit dem ersten Antritt des Verwaltungsrathes eben so einflussvoll als unermüdlich an der Lösung der in dem Bundesinteresse vom 26. Mai v. J. vorgezeichneten großen vaterländischen Aufgabe bemüht gewesen ist. — Sämtliche Mitglieder des Fürsten-Kollegiums beglücken Herrn Hochwohlgeboren mit dem aufrichtigsten Danke für Jhre, der deutschen Sache gewidmete Thätigkeit und mit dem freundschaftlichsten persönlichen Andenken, so wie mit dem innigen Wunsch, daß recht bald die Wiederherstellung Jhres Gesundheit Jhnen eine neue erfolgreiche Wirksamkeit verschaffen möge. — Für Jhre besondere Vaterland und für Deutschland gestalten möge. — Schließlich spreche ich Herrn Hochwohlgeboren meinen lebhaftesten Dank für das mit von Jhnen geschenkte Vertrauen und die zuversichtliche Hoffnung aus, auch künftig, räumlicher Trennung ungeachtet, mit Jhnen gemeinschaftlich nach dem Ziele wahrer und dauernder Einigung Deutschlands zu streben. Empfangen Herr Hochwohlgeboren die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung. Berlin, den 30. August 1850.

Der Vorstehende des provisorischen Fürsten-Kollegiums, v. Radowicz, der Vorstehende bemerkt, daß nach dem Wunsche der großherzoglich-badischen Regierung der zweite königlich-preussische Bevollmächtigte bis zu dem nahe bevorstehenden Eintreffen des Legationsrathes von Porbeck mit Vertretung der badischen Stimme wie bisher fortzuführen werde.

Der Vorstehende verliest ein Schreiben des königlich-preussischen Ministers des Innern vom 28. d. M., mittelst dessen die von dem Schiedsgericht ausgearbeiteten Gesetzentwürfe über Strafe und Strafverfahren bei Hoch- und Landesverrat gegen die Union zu vorläufiger vertraulicher Mittheilung an das provisorische Fürsten-Kollegium überhandt worden. Die Entwürfe werden hierauf zum Zwecke der demnächst eintretenden formellen Vorlage an das provisorische Fürsten-Kollegium dem königlich-preussischen Minister des Innern wieder zurückgeschickt.

Die Sitzung schließt Mittags 1 Uhr.
Das Protokoll ist in der Sitzung vom 3. September c. verlesen, von den Mitgliedern des provisorischen Fürsten-Kollegiums genehmigt und von diesen und dem Protokollführer unterzeichnet worden.
R. v. Sydow, zugleich ex subst. für Baden. Seebach.
Moske, auch für Braunschweig. Vollpracht. Dr. Eber.
Dr. Bank. Bloemer.

Protokoll-Anlagen A.

I.
Der ergebnis gefestigte kaiserliche Gesandte hat die Ehre, Herrn Excellenz, Freiherrn von Schleinitz, königlichen Minister des Auswärtigen, Abschrift einer heute erhaltenen Verfügung seines allerhöchsten Hofes einzubringen, wodurch der ergebnis gefestigte Bevollmächtigte, eine an sämtliche Mitglieder des Bundes gerichtete Einladung, an der auf den 1. September d. J. anberaumten Wiedereröffnung der Bundes-Versammlung zu betheiligen, an die königlich-preussische Regierung zu bringen. — Indem der ergebnis gefestigte Bevollmächtigte nachkommt, spricht er im Namen des kaiserlichen Hofes die vertrauensvolle Erwartung aus, daß die königliche Regierung dieser Einladung, in Erwägung der von dem kaiserlichen Kabinett zur Begründung derselben geltend gemachten Rücksichten, der zur Abschrift des kaiserlichen Beschlusses und der zur Mittheilung der kaiserlichen Beschlüsse an die Bundesversammlung zu richtenden Erwiderung, mit der Bereitwilligkeit entsprechen werde, welche die Erwägungen bei einem bundesfreundlichen und für das Wohl Deutschlands ernstlich beizutreten Kabinett nicht bezweifeln lassen. Dem ergebnis gefestigte ergrüßt er.
(gez.) v. Prokeß-Dien.
Er. Excellenz
Hrn. Freiherrn v. Schleinitz.

II.
Abschrift einer Depesche
Er. Durchlaucht des kaiserlichen königlichen Minister-Präsidenten, Fürsten v. Schwarzenberg, an den kaiserlichen königlichen Gesandten zu Berlin, Freiherrn v. Prokeß-Dien.
a. d. Wien, den 14. August 1850.

Die letzten, zwischen den Kabinetten von Wien und Berlin gepflogenen Unterhandlungen haben uns zu der Ueberzeugung geführt, daß es unter den gegenwärtigen Umständen unerlässlich geworden sei, die mit dem 12. Juli 1848 außer Wirksamkeit getretene Bundes-Versammlung wieder zur vollen Ausübung der ihr bundesverfassungsmäßig zukommenden Rechte und obliegenden Verpflichtungen auszuheben, und dieselbe in die Thätigkeit zu erhalten, bis eine auf gesamtdeutschem Wege erzielte Revision der Bundesverfassung ein anderes bleibendes Organ des Willens und Handelns des Bundes an ihre Stelle gesetzt haben wird.
Wir glauben uns verpflichtet, diese unsere Ueberzeugung vor Allen jenen unserer Bundesgenossen mitzutheilen, welche sich dem von dem kaiserlichen Kabinett bisher befolgten Gange angeschlossen hatten.
Wir haben dies durch die hier im Anzuge mitfolgende Circular-Depesche vom 19. Juli gethan.

Diese enthält die Ausführung der unsere Ueberzeugung bestimmenden Gründe, die von sämtlichen in der außerordentlichen Bundes-Plenar-Versammlung vertretenen Regierungen vollkommen genehmigt worden sind, und dieselben Bewegungen haben, es dem kaiserl. Präsidialbesche anheimzustellen, die Einberufung der Bundesversammlung vorzunehmen, — wie Herr v. Radowicz, der hier mitfolgenden Abschrift des Protokolls versehen worden, welche über die am 7. und 8. d. Mts. im Schoße der außerordentlichen Plenar-Versammlung stattgehabten Verhandlungen aufgenommen worden sind.

Gestützt auf die zwischen jenen Bundesgenossen und der unseren bestehende volle Uebereinstimmung, lassen wir heute eine an sämtliche Mitglieder des Bundes gerichtete Einladung ergehen, an der auf den 1. September d. J. anberaumten Wiedereröffnung der Verhandlungen der Bundes-Versammlung zu betheiligen.

Herr v. Radowicz werden beauftragt, diese Einladung im Namen des kaiserlichen Hofes und in förmlicher Weise an die königl. preussische Regierung zu richten und die vertrauensvolle Erwartung auszusprechen, daß sie derselben, in Erwägung der von uns zur Begründung unseres Schrittes geltend gemachten Rücksichten, entsprechen werde.

Der Einfluß, welchen Preußen in Deutschland zu üben berufen ist und auch wirklich ist, ist groß, um so größer aber auch seine Verantwortlichkeit für das, was es thut oder unterläßt.
Sein Einfluß wird daher wesentlich dazu beitragen, Deutschlands künftige Geschichte, dessen innere Zustände, wie dessen Stellung im europäischen Staatensysteme, zu bestimmen, aber auch zugleich geeignet sein, Preußen einen unergänzlichen Raum zu bereiten, wenn es seinen Einfluß zu Deutschlands wahrem Wohle benutzt, oder das strenge Urtheil der Geschichte herauszufordern, wenn es sich, gegen Verpfändung, über die schöne und lohnende Aufgabe täuschen sollte, welche die Vorsehung ihm beschieden hat.

Die königl. Regierung wolle mit sich ernstlich zu Rathe gehen. Noch liegt die freie Wahl in ihrer Hand, denn noch hat sie nicht ihr letztes Wort gesprochen.

Wäre dieses das volle und thatsächliche Geschehen an dem Boden der Verträge verbunden und sonach unter gemeinschaftlichen Besatzungswort werden. Ist aber dies der Fall, dann wird Deutschlands ungeheiltes Vertrauen uns umgeben und die Macht, die wir zu dessen Besten anwenden, verdoppeln.

Herr Excellenz wollen der königl. Regierung bei Gelegenheit der an dieselbe zu richtenden Einladung Abschrift gegenwärtiger Depesche und ihrer Beilagen überreichen, unter welchen auch die hier angehängte Abschrift der bereits für den Grafen v. Thun ausgefertigten Vollmacht gehört.

III.

Die kaiserlich-österreichische Regierung hat vermittelt einer an den kaiserlichen Gesandten am hiesigen Hofe, Freiherrn v. Prokeß-Dien, gerichteten Depesche vom 14. d. Mts. die Einladung an die königliche Regierung ergehen lassen, sich an einer auf den 1. September d. J. anberaumten Wiedereröffnung der Bundes-Versammlung zu betheiligen.
Die erwähnte Depesche, so wie die in Folge derselben an mich gerichtete Note des Freiherrn v. Prokeß-Dien, überende ich Herrn Hochwohlgeboren abschriftlich in den Anlagen. Derselben lag die Circular-Depesche des kaiserl. Kabinetts vom 19. Juli, welche erst hierdurch offiziell uns mitgetheilt worden ist, bei, so wie die Protokolle der dritten und vierten Sitzung der in Folge der österreichischen Aufforderung vom 26. April d. J. in Frankfurt versammelten Bevollmächtigten. Diese Aktenstücke sind inzwischen schon durch die Zeitungen zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Die jegliche Einladung des kaiserlichen Kabinetts hat uns zu der ernstesten und gründlichsten Erwägung der ganzen Lage der Dinge, der Bedürfnisse und Interessen Deutschlands und der aus unserer Stellung nach allen Seiten hin entspringenden Verpflichtungen und Rechte veranlassen müssen. Wir haben es uns in jedem Stadium der bisherigen Verhandlungen zur heiligen Pflicht gemacht, immer aus neue und unbeirrt durch irgend welche Nebenbürden oder Mißverständnisse, die Frage in Erwägung zu ziehen, was das da uernde Bedürfnis Deutschlands in dem gegenwärtigen Augenblicke von uns verlange, und danach eben an uns gelangenden Vorschlag ruhig und unbefangen zu prüfen; und wir haben das Ergebnis dieser Prüfung immer offen und mit dem Bewusstsein der vollen Aufrichtigkeit ausgesprochen. Wir können es daher auch jetzt dem kaiserlichen Kabinett nur Dank wissen, daß dasselbe in diesem wichtigen und entscheidenden Moment und die Gelegenheit darbietet, uns über die gegenwärtige Lage Angehörig Deutschlands frei auszusprechen. Wir sind es ihm und uns selbst schuldig, dies unumwunden zu thun; wir sind es in der aufrichtigen und freundschaftlichsten Gesinnung und mit der vollen Zuversicht, daß diese Gesinnung auf der andern Seite eben so sehr obwalte, und daß die Gemeinschaft dieser Gesinnung nicht nur über die praktischen Schwierigkeiten des gegenwärtigen Augenblicks hinwegheben, wozu durch die letzten Verhandlungen über spezielle, praktische Punkte bereits günstige Aussicht dargeboten ist, sondern auch schließlich zu einer Ausgleichung der entgegenstehenden Ansichten führen werde.

Indem der Herr die deutschen Regierungen zur Wiedereröffnung des Bundesstadts einladet, stellt es einmal die Absicht an, die Bundesversammlung als eine Bundespflicht dar und spricht ferner aus, daß es in der Herstellung der Bundes-Versammlung, als der Rückkehr zu einem durch die bisherigen Vorgänge nur verbunkelten, aber nicht erschütterten Rechtsboden, das einzige Mittel zur Lösung der Verfassungsfrage, welche seit so langer Zeit Deutschland in einer bedauerlichen Krise erhalte, erkennen müsse.

Es sind also die beiden Gesichtspunkte des Rechtes und der politischen Nothwendigkeit oder Heilsamkeit, auf welche Österreich seine Einladung stützt.

Auch wir haben von beiden Gesichtspunkten aus die Frage erwogen und wir müssen damit beginnen, offen auszusprechen, daß wir in jeder Beziehung zu entgegengelegten Ergebnissen gekommen sind und daher die von dem kaiserlichen Kabinett gegenwärtigen Folgenen entstehen abzuheben müssen. Wir werden unsere entgegenstehende Ansicht darlegen.
Der erste Gesichtspunkt mußte für uns überall der des Rechtes sein. Es hat für uns niemals einen Zweifel unterlegen, daß durch die rechtskräftigen Handlungen der Regierungen im Jahre 1848 die Bundes-Versammlung rechtlich und für immer zu bestehen aufgehört habe. Wir glauben auch nicht, daß zu jener Zeit bei irgend einer der deutschen Regierungen eine andere Ansicht über die Bedeutung ihrer damals abgegebenen Erklärungen obgewaltet habe; wenigstens liegt kein Moment vor, welches in irgend einer Beziehung darauf hindeutet, daß einen Vorbehalt künftiger Wiederherstellung einschleife, dagegen aber viele, welche in ungewisser Weise das Entgegengesetzte bekunden. Die Regierungen haben sich durch bindende Staats-Akte darüber ausgesprochen, und wir sind nicht im Stande, diesen eine andere Bedeutung beizulegen, als ihr Wortlaut an der Stütze trägt.

Wir könnten uns in Bezug auf den Rechtspunkt auf unsere früheren Ausführungen einfach zurückbeziehen; wir haben aber in der anliegenden Denkschrift *) unsere rechtliche Ansicht mit Bezug auf die neuerdings versuchten Wiederherstellungen noch einmal in den wesentlichsten Hauptpunkten aufgestellt, welche wir in der eingehenden Erwägung der kaiserl. Regierung auf das dringendste empfehlen.

Es wird dem kaiserl. Kabinett hiernach kein Zweifel übrig bleiben, daß wir eine Berechtigung zur Herstellung des Bundesstadts nur Folgeleistung auf eine Einberufung derselben, selbst wenn diese durch eine Anzahl deutscher Regierungen unterstützt worden, auf das bestimmteste in Abrede stellen müssen.

Eben so entschieden folgt daraus, daß, wenn eine solche Versammlung in Frankfurt zusammenkommen und die Formen des alten Bundesstadts annehmen sollte, wie alle dort etwa gefassten Beschlüsse, ohne Rücksicht auf Majorität oder Minorität des Stimmverhältnisses, lediglich als Uebereinkünfte zwischen einer Anzahl deutscher Regierungen anzu sehen, ihre Wirksamkeit über diesen Kreis hinaus durchaus abweisen und keinerlei Anwendung derselben auf uns zulassen würden.

Durch die Abwesenheit des kaiserlichen Central-Organes des Bundes ist die Bundesgewalt lediglich an die Gesamtheit der deutschen Staaten zurückgefallen, und keine Anzahl derselben hat das Recht, die anderen in irgend einer Weise zu binden und zu verpflichten. Dies würde dem obersten Bundesorgane des Bundes widersprechen, und grade weil wir an diesen selbsthalten, müssen wir im Interesse desselben und im Interesse aller dagegen erwerbenden, daß dieselben Regierungen, welche am 12. Juli 1848 die Bundesversammlung auflösten, sie jetzt nach allgemeiner Uebereinkunft wiederherstellen beauftragt seien.

Wenn dieses auch der Theorie nach zugegeben ist, so müssen wir darauf erwidern, daß anderweitige Gründe vorhanden sind, welche es für uns und mehrere deutsche Regierungen unmöglich machen, zu einer solchen Uebereinkunft die Hand zu bieten. Wir müssen uns nicht das Recht an, den Standpunkt zu beurtheilen, welchen andere deutsche Regierungen eingenommen haben oder einzunehmen gedenken, wir dürfen aber auf die feierlichen Versicherungen hinweisen, welche von uns in Gemeinschaft mit

*) S. die gestr. Bresl. Stg. und den nachfolgenden Artikel. Red.

allen deutschen Regierungen dem deutschen Volke, welche von vielen dieser Regierungen ihren besonderen Angehörigen gegeben worden sind, und wonach die untergegangenen Bundesverfassungen, welche sich als gänzlich unzureichend für die Bedürfnisse der Nation erwiesen, nicht wieder ins Leben treten sollte. Wer wird behaupten wollen, daß diese Verfassungen und feierlichen Erklärungen nicht unter den Gesichtspunkt des Rechtes, sondern nur unter den einer augenblicklichen, durch vorübergehende Verhältnisse bedingten politischen Nützlichkeit gehörten? Preußen hat sie nicht zu verwerfen und wird sie niemals so auslegen. Ihm waren es nicht Angelegenheiten, dem Andränge der Revolution gemacht, um sie später zurückzunehmen, sondern die Folgen einer Ueberzeugung, welche es oft und lange vor dem Ausbruch der Revolution ausgesprochen hatte und die es auch jetzt zu verlegen nicht im Stande ist.

Wir müssen also unsere auf feste rechtliche Basis gegründete Erklärung dahin abgeben, daß wir die Versammlung in Frankfurt a. M. nicht beschiden können, so lange dieselbe sich als die hergestellte Bundesversammlung ansieht und aus diesem Charakter fließende Ansprüche erhebt.

Wenn wir diese rechtlichen Erwägungen als den wesentlichsten Grund unserer Ablehnung voranstellen müssen, so haben wir uns doch auch einer reiflichen Berücksichtigung des zweiten Gesichtspunktes, der Heiligkeit und Nützlichkeit des vorgeschlagenen Weges, nicht entziehen wollen.

Auch hier aber können wir die Voraussetzung des kaiserlichen Kabinetts nicht theilen, daß die einstweilige Vertikung der Bundesversammlung für die Einigung Deutschlands nützlich, daß sie der geeignete Weg zur Lösung der schwebenden Verfassungsfrage und daher notwendig sei.

Es kommt vor Allem darauf an, das Ziel klar ins Auge zu fassen, das erreicht werden soll.

Wir müssen nach dem annehmen, daß wir darüber einig sein, daß die frühere Bundesversammlung nicht unverändert wieder ins Leben treten könne. Abgesehen von unsern schon vor dem Jahre 1848 gegebenen Erklärungen über eine Nothwendigkeit angemeßener Veränderungen derselben, abgesehen von den oben erwähnten Verfassungen und den daraus resultierenden Forderungen, welche nicht einer Partei, sondern der ganzen Nation, sondern der Sache eine Umgestaltung derselben. Wir erinnern uns, daß die kaiserliche Erklärung den Eintritt einer Gesamtmonarchie in den Bundesverband als ein Element der neuen Organisation zur Bedingung gemacht hat; und daß Preußen und mit ihm viele durch das eigene Verlangen größerer Kräftigung gedrückte Staaten nicht aufhören können zu fordern: daß Prinzip der freien Union nicht ebenfalls ein Element der neuen Bundesverfassung anerkannt werden; damit aller Zweifel wegfalle, ob die denjenigen Staaten, welche es bedürfen, Bundesmäßig unterwerfen bleibt, sich zu enger Verbindung zu vereinigen, danach ihre Stellung im Bunde selbst geltend zu machen und ihr Verhältniß zu den übrigen Staaten in Uebereinstimmung mit der Gesamtverfassung und den gemeinsamen Bundesgesetzen zu regeln.

Wir nehmen daher auch unbedingt die Erklärung Preußens an, daß es nicht beabsichtigt, die frühere Bundesverfassung dauernd herzustellen, sondern nur zunächst auf dieselbe als einen früheren Rechtsboden einzufallen zurückzuführen, um durch diesen dann zu einer Umgestaltung zu gelangen.

Aber wir müssen fragen: ob die einstweilige Vertikung des Alten wirklich der Weg sei, zu diesem angestrebten Ziele zu gelangen?

Wir dürfen unsere Ueberzeugung nicht verhehlen, daß dies nicht der Weg sei, daß auf demselben vielmehr das erwünschte Ziel, den Absichten der kaiserlichen Herrschaftselite selbst zuwider, weiter als je hinausgerückt werde; und schon darum allein müssen wir Bedenken tragen, auf einen Weg einzugehen, welcher uns in die Unmöglichkeit versetzen könnte, ein gegebenes Wort zu lösen.

Der kaiserliche Hof verfährt in der Circular-Depesche vom 19. Juli sein Wort dahin, daß seine Anträge nicht die Absicht zum Grunde liege, zu den früheren Zuständen und Formen zurückzuführen. Wer würde diesem Worte nicht wollen Glauben schenken? Aber wer vermag darauf zu bürgen, daß nicht auf dem betretenen Wege, und wenn die früheren Zustände und Formen einmal wieder eingeführt und als rechtmäßig bestehend anerkannt sind, Ansprüche geltend gemacht werden, welche, unabhängig von dem kaiserlichen Hofe, es demselben unmöglich machen, das beabsichtigte Neue zu schaffen und von dem nicht beabsichtigten Alten abzuweichen.

Nach der früheren Bundesverfassung ist jede Verfassungs-Veränderung an Einstimmigkeit gebunden; jede einzelne Stimme kann dieselbe verhindern. Wenn die Einstimmigkeit über das Neue nicht zu erreichen ist, so bleibt rechtlich das bestehende Alte in voller Wirksamkeit. Will die kaiserliche Regierung sich einem solchen Resultate aussetzen? Kein Grund besteht, daß jene Verfassung des Widerstandes nicht in der selbstthätigsten Weise ausgetrieben werde; ja, wir können es nur mit Schmerz ausprechen, aber wir dürfen uns nicht scheuen, es auszusprechen, daß die Erfahrung gezeigt hat, wie an jener Verfassung, deren vertragmäßige Berechtigung wir am wenigsten leugnen wollen, die wohlthätigsten Einrichtungen gescheitert sind. Dürfen wir es uns verhehlen, daß in manchen Kreisen die Meinung auf die eine Wiederherstellung und Festhaltung der früheren Zustände und Formen gerichtet ist? Sollen wir es für unmöglich erklären, daß dergleichen Bestrebungen auch auf einem wiederhergestellten Bundestage sich geltend machen würden? Was soll alsdann geschehen? Zwang gegen die Widerstrebenden würde die kaiserliche Regierung so wenig ausüben wollen, als wir selber. Und wenn kein Zwang denkbar ist, würde es alsdann nicht die natürliche Folge sein, daß das temporäre wiederhergestellte Alte, eben jene früheren Zustände und Formen, welche das kaiserliche Kabinet nicht will, nun auch dauernd verbleiben müßten? Das unter dem Schein bereitwilliger politischer Ordnung, die den wahren Bedürfnissen und Zuständen doch noch weniger als früher entspräche, Deutschland in einer fortwährenden, stillen, nur scheinbar verdeckten, inneren Zerrüttung und Eismannung bliebe? Das an die Stelle einer geordneten und heilsamen Entwicklung eine fortwährende innere Auflösung träte, welche zugleich eine traurige Schwäche nach außen bedinge und der stillen Unterminierung der Revolution einen noch viel willkommeneren und bereiteren Boden darbiete, als es erfahrungsmäßig schon unter den früheren Zuständen der Fall war?

Wenn Preußen jetzt zu der einstweiligen Vertikung des alten Bundestages die Hand biete, so würde es sich im Voraus verpflichten, eventuell ein solches Fortbestehen des Alten, das vorerst wieder ins Leben gehend, auch mit seinen Kräften aufrecht zu erhalten.

Wir fragen offen mit der kaiserlichen Regierung, daß wir das unvorstellbare Alte nicht wollen, es unter keinen Umständen und keiner Bedingung wollen; und eben darum dürfen wir uns nicht in die Lage versetzen, zu der Erhaltung desselben durch den motivierten oder unmotivierten Widerstand irgend eines Einzelnen gezwungen werden zu können und unser Wort auch bei dem besten Willen nicht einzulösen. Wir wollen eine heilsame, ausreichende Umgestaltung, darum dürfen wir uns nicht im Voraus an die als unzureichend und zu früher Zeit als heilsam erprobten Formen binden.

Ganz anders dagegen stellen sich die Verhältnisse, wenn die Ordnung der Verfassungs-Angelegenheit der freien Vereinbarung der deutschen Regierungen vorbehalten bleibt.

Das auch dort Einstimmigkeit zu einer für Alle bindenden Beschlußfassung erforderlich ist, und eben so sehr jeder Zwang ausgeschlossen bleibt, bedarf keiner Bemerkung. Es ist aber nicht der mindeste Grund vorhanden, warum nicht die in beiden Fällen erforderliche Einstimmigkeit eben so gut in einer solchen freien Konferenz, als innerhalb der Formen des Bundestages erreicht werden sollte. Welche größere Schwierigkeiten also dieser Weg für die Erreichung des gemeinsamen Zweckes bieten sollte, ist nicht abzusehen. Jede nähere Betrachtung zeigt hingegen, daß hierbei das Bedürfnis der Einigung um so mehr empfunden werden und sich geltend machen muß, weil eigenartige Bestrebungen sich abwandeln nicht hinter dem Vorwand des Festhaltens am alten Recht und einer scheinbaren Ordnung zurückziehen und geltend machen könnten. Wer dann, seinen partikularen Interessen folgend, sich der Einigung widersetzt, der weiß, daß ihn allein die Schuld trifft, wenn die letzte Kritik der Reuegaltung Deutschlands fortbauert, und wird die Folgen bedenken. Es kommt ferner hinzu, daß bei einer solchen freien Vereinbarung der einzelnen Regierungen in Fällen äußerster Nothwendigkeit die anderen Regierungen nicht binden würde, sich, ohne die differenzierenden mit zu verhandeln, auf den ihnen dienlich erscheinenden Grundlagen zu einigen. Den differenzierenden Regierungen würde in einem solchen Falle der spätere Zutritt offen gehalten werden; bekanntlich hat bei dem Aufbruch der Bundesversammlung kein Regimentsstand, die kaiserliche Regierung wird dabei in dem von uns vorgeschlagenen Wege die sichere Möglichkeit für die Erreichung des von ihr selbst hingestellten Ziels einer wirklichen Reuegaltung der Bundesverfassung auf geheimer Grundlage finden. Es aufrichtiger wie wir können, die beiden durch die alten Bundesverträge sanctionierten Prinzipien der Bundesmäßigkeit Verpflichtung und der freien Selbstthätigkeit der einzelnen Regierungen aufrecht zu erhalten, um so mehr müssen wir uns überzeugen, daß die Ausgleichung derselben allein auf dem Wege freier Vereinbarung zu finden sei.

Dies ist daher der einzige Weg, den wir als wahrhaft heilsam und zum Ziele führend anerkennen, wenn man nicht wieder zu den früheren Zuständen und Formen zurückkehren, noch eine Reuegaltung den etwa Widerstrebenden mit Gewalt aufzulegen will.

Wir können keine anderen Wege geben. — Österreich hat uns in ersten und würdevollen Worten, deren volles Gewicht wir anerkennen, und in denen wir gern die Fortdauer einer lange glücklich bewährten Freundschaft erkennen, aufzufordern, die Wichtigkeit des Augenblicks und die aus unserer Stellung in Deutschland entspringenden Pflichten zu erwägen. Wir haben durch die offene Darstellung unserer Ueberzeugung den besten Beweis gegeben, wie ernst und reichlich wir es mit diesen Pflichten nehmen.

Wir halten fest an dem Boden des wahren Rechtes; und wie hoffen, auf diesem Boden, wie auch sonst die Ansichten auseinandergehen mögen, uns zuletzt immer mit Österreich zu begeben. Mit dem Rechte ist das Recht Deutschlands untrennlich verbunden; und unter letztem Wort wird in allen gemeinsamen Angelegenheiten immer nur die Pflicht gegen Deutschland sein. Ob diese Pflicht erfüllt, darüber möge Deutschland, möge die Geschichte richten.

Gez. v. v. Schenk.

Berlin, den 25. August 1850.

An den kaiserlichen Gesandten zc.

Herrn Grafen von Bernstorff.

Hochgeborn.

Wien.

Denkschrift

über

die beabsichtigte Wiederherstellung des Bundestages

und die Behauptung seiner rechtlichen Existenz.

(Schluß.)

Um so überraschender tritt jetzt die Behauptung hervor, die Bundesversammlung habe rechtlich zu bestehen niemals aufgehört, und es sei Bundespflicht, die Bundesversammlung als fortbestehend anzuerkennen. In den Anlagen der Note vom 16. d. M. sind von drei verschiedenen Seiten drei verschiedene Versuche zur Ausführung dieses Satzes enthalten:

1) Die erste Entwicklung der Gründe ist folgende:

Zunächst wird die Behauptung aufgestellt: weil Artikel 4 der Bundesakte es als ein Grundgesetz ausspricht, daß die Angelegenheiten des deutschen Bundes durch eine Bundesversammlung zu besorgen seien, so sei diese Norm noch immer geltend, würde es selbst sein, wenn die Bundesversammlung wirklich aufgehoben worden und die Bundesglieder würden in solchem Falle die Pflicht zur schleunigen Wiederherstellung haben.

Dieser Satz spricht aus, daß die deutschen Regierungen, welche jenes Grundgesetz gegeben, keine Befugnis gehabt hätten, es wieder aufzuheben; er widerspricht der bekannten Rechtsregel, daß Gesetze von derselben Autorität und unter denselben Maßgaben aufgehoben werden können, unter welchen sie gegeben worden. Fast man aber jenen Artikel unter den Begriff einer Vertragsbestimmung, so ist eben so bekannt, daß der übereinstimmende Wille der Paciscenten die Vertragsbestimmung aufheben kann. Im Uebrigen mag wegen jener beweislosen Behauptung auf das schon oben deshalb Bemerkte Bezug genommen werden.

Es wird ferner behauptet: der Fall, diese allgemeine Verpflichtung geltend zu machen, liegt nicht vor, weil durch keines der den letzten Jahren angehörigen Ereignisse ein Moment dargeboten werde, aus welchem man zu entnehmen befugt wäre, daß die rechtliche Existenz des bundesgesetzlichen Organs aufgehoben sei; nur thatsächlich habe die Bundesversammlung durch die zerstörenden Bewegungen des Jahres 1848 zu bestehen aufgehört.

Hierauf ist zu erwidern: jener rechtliche Moment der Aufhebung des Bundesorgans war der von ihr selbst am 12. Juli 1848 ausgesprochene Wille der Regierungen, über dessen Bedeutung der oben erwähnte geschichtliche Zusammenhang keinen Zweifel läßt, ein Beschluß, in der feierlichsten Weise ohne allen Vorbehalt erklärt, unter Umständen und nach Vorgängen, welche jede andere Auslegung ausschließen.

Die hier bestrittene Ausführung erkennt in dem Bundesbeschlusse vom 12. Juli 1848 ein solches rechtliches Moment nicht an, weil die Bundesversammlung nur die „Ausübung“ verfassungsmäßiger Befugnisse und Verpflichtungen an die provisorische Centralgewalt übertragen habe, und die Vereinigung ihrer Thätigkeit nur eine Folge dieser Uebertragung gewesen sei. Jene Vereinigung der Thätigkeit hänge mit der „Ausübung der Befugnisse“ so notwendig zusammen, daß wenn die „Ausübung“ in der andern Hand aufhöre, dem Wiederbeginn in der eigenen nichts entgegenstehe. Es komme deshalb Alles darauf an, was die Uebertragung der „Ausübung eines Rechts“ bedeute. Diese sei keine Verechtsleistung, noch weniger könne „die rechtliche Existenz des Inhabers des Rechts dadurch als vernichtet angesehen werden, daß er die Ausübung seines Rechts übertrage. Nur von der eigenen Ausübung trete der Inhaber zurück.“ Dies gelte um so mehr, als die Uebertragung nur an ein provisorisches Organ und mithin auch nur provisorisch geschehen sei.

Es ist bedenklich, daß wo die Thatsachen laut reden, so wie es in dieser Ausführung geschieht, die Worte zu drücken. Wie vertritt sich, wenn man zu solcher Interpretation greift, mit ihr, daß in der beschlossenen Anrede überall von Rechten, Pflichten und Funktionen die Rede ist, welche zugestanden und obgelegen haben, nicht, welche zugehen und obliegen?

Wie wenig Nachdruck und Bedeutung man am 12. Juli 1848 auf das Wort „Ausübung“ legte, welchem jetzt nachträglich eine entscheidende Kraft beigemessen werden soll, zeigt, daß eben der, welcher sich dieses Wortes in der Anrede an den Reichsverweser bediente, der kais. österreichische Bundesstatthalter v. Schmerling, bei einer gleich wichtigen, ganz denselben Gegenstand betreffenden Veranlassung jenes Wort nicht gebrauchte. In einer Note von demselben Tage kündigt er das Ereignis den Gesandten der fremden Mächte nach: „In Folge dieses letzten Aktes hat die Bundesversammlung die ihr verfassungsmäßig zustehenden Befugnisse und Verpflichtungen Namens der von ihr vertretenen Regierungen auf die für Deutschland eingefetzte provisorische Centralgewalt übertragen.“ Hier steht das Wort „Ausübung.“ Ist es denkbar, daß es bei solcher Veranlassung ausgelassen worden wäre, wenn ihm damals die Wichtigkeit gegeben wäre, welche ihm jetzt nachträglich beigelegt wird?

Es kommt aber darauf, ob dieses oder jenes Wort richtig gebraucht worden, gar nicht an. Es könnte sogar zugegeben werden, daß, genau genommen, nur von der Uebertragung der Ausübung von Rechten gesprochen werden konnte. Das ganze Argument beruht nämlich auf einem Mißverständniß über das Rechtsverhältniß. Es wird angenommen, daß die Bundesversammlung der „Inhaber“ von Rechten gewesen sei, welche sie nicht verlieren könne, wenn in dem, welchem sie die Ausübung übertragen, die Fähigkeit zu dieser erlosche. Die Bundesversammlung hatte aber überall gar keine eigenen Rechte, sie hatte selbst als ein Organ der Regierungen nur die „Ausübung“ von solchen, deren Inhaber nicht sie war, sondern deren Inhaber die Regierungen waren.

Wenn sie die ihr übertragene Ausübung von Rechten wiederum anderen Händen zur Ausübung übertrug, so gab sie Alles weg, was sie selbst besaß, und gab sich eben damit rechtlich und faktisch selbst auf. Eine rechtliche Existenz als Inhaberin jener Rechte bezieht sie nicht, eben weil jene Rechte nicht ihr, der Mandatarin, sondern den Regierungen, den Mandanten, zustanden. Wenn die Ausübung des provisorischen Verwaltungsorgans, gingen die Rechte selbst rechtlich nicht unter, sie fielen allerdings zurück, aber nicht an ein früher beauftragtes Organ, sondern an die Mandanten, die Regierungen. Dies ist denn auch nach dem Zurücktreten des Reichsverwesers der Fall gewesen, und die Regierungen haben sich anderweit über ein neues Bundesorgan geeinigt. Sollte aber die Meinung die sein, — welcher dann freilich der genauere Ausdruck fehlt — die Bundesversammlung sei das dauernde Organ für die Ausübung von Bundesrechten, sie habe nur provisorisch diese Ausübung übertragen, und diese müßte nach dem Erlöschen des Provisoriums an sie zurückfallen, so wäre nach dem Erlöschen des Provisoriums auf sie zurückzufallen, so wäre nach dem Erlöschen, daß die Bundesversammlung für sich gar nicht übertragen hat und nicht übertragen konnte, sondern daß die Uebertragung, wie der Satz, so auch den Worten nach, Namens der Regierungen“ stattfand, und daß nach dem Erlöschen eines Provisoriums nicht der Bundesversammlung

ohne Weiteres die Wiederaufnahme der Befugnisse, sondern den Regierungen, welche einstimmig die Befugnisse abgenommen haben, die freie, durch keine Majorität zu bindende Entscheidung zusteht, ob sie jene Befugnisse einer Bundesversammlung wieder übertragen wollen oder nicht.

Mit diesem Satz sinkt die ganze Argumentation zusammen. Wenn nun noch behauptet wird, der Bundesversammlung sei auch während des Provisoriums die ganze legislative Wirkksamkeit geblieben, so kann man mit Recht fragen, wo denn die Bundesversammlung gewesen, welche sie hätte üben sollen? Als Grund, daß sie nicht geübt, werden in der bestrittenen Ausführung die Uebergriffe der Nationalversammlung bezeichnet, aber wenn eine Bundesversammlung überall noch existiert gewesen wäre, so hätten gerade diese Uebergriffe Grund einer Wirkksamkeit werden müssen. Für die legislative Thätigkeit fehlte es in jener Zeit an einem gesetzlichen Organ, wie es auch heute noch daran fehlt. Es ist aber nicht schicklich, daraus, daß für einen Theil der Thätigkeit eines untergegangenen Organs ein anderes weites nicht bestellt worden, folgern zu wollen, daß jener Theil selbst nicht stattgefunden habe, wenn er sonst unzweifelhaft ist. Dies aber ist er, wenn, wie in der obigen Darstellung, der Beschluß vom 12. Juli 1848 in seinem ganzen geschichtlichen Zusammenhang betrachtet wird.

Ein anderer Grund wird in der bestrittenen Ausführung noch dem § 3 der Konvention vom 30. September v. J. entnommen. Er lautet:

„Während des Interims bleibt die deutsche Verfassungs-Angelegenheit der freien Vereinbarung der einzelnen Staaten überlassen. Dasselbe gilt von den nach Artikel VI. der Bundesakte dem Plenum der Bundesversammlung zugewiesenen Angelegenheiten.“

Hieraus soll folgen, daß, weil dies nur während des Interims gelte, nach Ablauf der für dasselbe geordneten Zeitfrist nothwendig das Gegentheil eintreten müsse. Wollte man den Satz e contrario zulassen, so würde er nicht, wie willkürlich vorausgesetzt wird, die Rückkehr in den alten Bundes-Organismus als Resultat geben. Der Satz e contrario erweist sich aber als unstatthaft, denn er würde dahin gehen, daß die Verfassungsangelegenheit nach dem Ende des Interims nicht weiter der freien Vereinbarung überlassen sein sollte, während grundgesetzlich keine Verfassungs-Veränderung ohne allseitige freie Zustimmung zu legend einer Zeit stattfinden darf. Der klare Sinn jenes Satzes hat eine ganz andere Bedeutung. Die im § 4 der Convention ausgesprochene Absicht, das Interim nöthigenfalls über die ursprüngliche Frist zu verlängern, zeigt, daß der Gedanke zum Grunde lag, das Interim werde dauern, bis eine definitive Einigung über die Verfassung zu Stande gekommen sein werde. Da die Kompetenz der Central-Kommission die Verfassungs-Angelegenheit und die dem Plenum vorbehaltenen Geschäfte nicht umfasse, und es nicht in der Absicht lag, für beides gar keine Vorkehrung zu treffen, so wurde die Bestimmung des § 3 der Convention getroffen. Ueber das, was nach Ablauf des Interims geschehen werde, hat dadurch nicht entfernt vorgerechnet werden sollen. Der Werth dieses Argumentes kann nach dem Vorstehenden auf sich beruhen.

2) Eine anderweite, in den Anlagen enthaltene Ausführung betrifft wesentlich die politische Seite der Sache, welche nicht Gegenstand dieser Denkschrift ist. Jene Ausführung schließt sich den hier widerlegten Gründen an und bringt nur beiläufig eigene von ihnen verschiedene Gründe.

Der erste ist der, es werde unerschütterlich an dem Grundsatz festgehalten, daß das Bestehen des deutschen Bundes ohne eine Verfassung und ohne ein gemeinsames Organ nicht denkbar sei. Hiernach müßte man es aber zugleich als eine Pflicht aller Genossen dieses als unauslöschlich erklärten Vereines betrachten, die vertragmäßig eingeführte Verfassung so lange anzuerkennen und so beobachten, bis auf gesetzlichem Wege eine neue zu Stande gekommen sein werde, und nicht minder dafür Sorge zu tragen, daß der Bund eines rechtmäßigen Central-Organes nicht entbehe. Ohne die Erfüllung dieser beiden unerlässlichen Bedingungen der Existenz des Bundes sei auch eine Anerkennung der Gültigkeit der Bundesverträge und der aus ihnen hervorgehenden Rechte und Pflichten nicht denkbar, da die Bundesverfassung den Inbegriff dieser Rechte und Pflichten feststelle und die Geltendmachung der einen, wie die Erfüllung der anderen nur durch das verfassungsmäßige Organ des Willens und Handelns der Gesamtheit gesichert zu werden vermöge.

Schon der Vordersatz dieser Ausführung, daß das Bestehen des deutschen Bundes ohne ein gemeinsames Organ seines Willens und Handelns nicht denkbar sei, ist unrichtig. Die Geschichte widerlegt ihn. Der deutsche Bund hat vom Juni 1815 bis zum Herbst 1816 bestanden ohne eine Bundes-Versammlung, ohne ein gemeinsames Organ seines Willens und Handelns. Despreux hat wie alle übrigen Regierungen in dieser ganzen Zeit die Gültigkeit der Bundes-Verträge und der aus ihnen hervorgehenden Rechte und Pflichten anerkannt. Die Behauptung, daß ohne Bundes-Organ die Existenz des Bundes und die Anerkennung der Bundes-Verträge undenkbar sei, erweist sich also, daß der Bund unter Anerkennung der Bundes-Verträge sehr geruame Zeit hindurch ohne Bundes-Organ wirklich existirt hat, thatsächlich also nicht. Es darf hiernach nicht erst auf die zweite Hälfte des Jahres 1849 hingewiesen werden, in welcher der Bund gleichfalls ohne gemeinsames Organ war. Aber auch der andere Theil dieses Vordersatzes, daß der deutsche Bund ohne Verfassung undenkbar sei, ist unrichtig. Die Bestimmungen der Bundes-Akte verfallen, wie die königliche Regierung darauf mehrfach hingewiesen hat, in solche, welche lediglich völkerrechtlicher Beschaffenheit sind, und solche, welche die inneren Verhältnisse des Bundes und seine Organisation betreffen. Nur die letzteren Bestimmungen sind erloschen und durch neue zu ersetzen. Die Auflösung des Bundes in den völkerrechtlichen Beziehungen, welche er für die zu demselben gehörigen Staaten ordnet, folgt in keiner Weise aus dem Untergang der Verfassung und müßte zur Begründung der beweislosen Behauptung, ohne Verfassung sei der deutsche Bund nicht denkbar, allererst nachgewiesen werden. Das Fehlen des Vordersatzes nimmt der ganzen Argumentation die Unterlage. Wäre er aber auch richtig, so würde es doch ein augenfälliger Mißbrauch sein, daraus die Pflicht herleiten zu wollen, die ursprünglich vertragmäßige Verfassung so lange anzuerkennen, bis eine neue zu Stande gekommen sei. Wenn die Verfassung ganz oder theilweise mit dem Willen Aller aufgehoben worden oder erloschen ist, so folgt aus der behaupteten gänzlichen Unmöglichkeit eines solchen Zustandes nur, daß die Bundesgenossen sich über Reuegaltung oder Ergänzung so schnell als möglich zu vereinigen verpflichtet sind. Dieser Pflicht ist die königliche Regierung zu aller Zeit eingedenk gewesen und hat danach gehandelt. Die Schuld mangelnder Einigung trifft sie nicht.

Hiernach wird in der bestrittenen Ausführung ohne weitere Begründung bemerkt: die den Provisorien anvertrauten Gewalten müßten nach Erlöschen der ersten an das beständige Verfassungsmäßige Organ, die Bundes-Versammlung, zurückfallen, da die Ausübung jener Gewalten nicht unterbrochen werden dürfe. Soll der Satz überhaupt eine Bedeutung haben, so kann es nur unter der Voraussetzung sein, die Bundesversammlung bestünde an sich nicht mehr. Denn, würde angenommen, sie bestünde noch, so hätte das ganze Argument keinen Sinn, es wäre nicht abzusehen, was damit bewiesen werden sollte; daß zu Beweise werden sich von selbst verstehen. Nun ist aber in der That nicht abzusehen, weshalb die erledigten Gewalten unter den vorliegenden untergegangenen deutschen Verfassungs-Organen gerade auf die Bundesversammlung zurückfallen sollen; bei dem einen dieser untergegangenen Organe sind die rechtlich zwingenden Bedingungen so

wenig vorhanden, als bei dem anderen. Mit demselben Rechte wäre zu behaupten, die erledigten Gewalten müßten an das nächst vorangegangene Provisorium, an den Reichsverweser, oder an dasjenige Organ übergehen, welches die längste definitive Dauer in Deutschland gehabt hat, der gegenüber alles Nachfolgende den vorübergehenden Charakter trägt, an Kaiser und Reich. Mit so willkürlichen Schlüssen ist nicht weiter zu gelangen. Aus der Ungültigkeit einer Unterbrechung jener Gewalten folgt nur die Nothwendigkeit und die Pflicht, sich über einen neuen Träger derselben für die Zukunft schnell zu vereinigen, keineswegs die Berechtigung einzelner Bundesglieder, die anderen zu zwingen, dieselben untergegangenen Organismus als noch geltend anzuerkennen.

Endlich

3) In den Anlagen der Note vom 16. d. M. findet sich von einer dritten Seite die Behauptung aufgestellt: als die Bundes-Versammlung die Ausübung ihrer Befugnisse dem Reichsverweser übertragen, habe es einen bestimmten Vorbehalt über den Rückfall der Gewalten an sie, wenn das Provisorium zu seinem Ziele nicht führe, nicht bestritten, dieser Vorbehalt habe sich von selbst verstanden. Es darf hier nur an den oben entwickelten geschichtlichen Zusammenhang erinnert werden: wenn die Bundes-Versammlung ihre Thätigkeit für beendet erklärte, so gab das, was unmittelbar vorher im Angeficht der Nation geschehen war, dieser Erklärung einen mit ihren eigenen Worten übereinstimmenden unzweideutigen Sinn, dem gegenüber kein Vorbehalt, keine stillschweigende Reservation sich von selbst verstanden, sondern jede beabsichtigte Einschränkung ausdrücklich erklärt werden mußte. Eine andere von derselben Seite kommende Behauptung geht dahin, daß, weil der Reichsverweser die provisorische Gewalt von der Bundes-Versammlung erhalten, diese Gewalt, wenn auch sie von ihm nur an Bevollmächtigte Österreichs und Preußens übergeben worden sei, gegenwärtig nach dem Erlöschen des Interims auch nur an die Bundes-Versammlung zurückgegeben werden könne. Auch hierzu sei ihre Wiederherstellung rechtlich nothwendig. Es waltet hierbei derselbe Irrthum ob, der schon oben in anderer Beziehung hervorgehoben worden, der Irrthum, als ob die Bundes-Versammlung die Trägerin eigenen Rechtes gewesen sei. Namens der Regierungen übergab sie, lediglich als ein Organ, die ihr anvertraute Gewalt dem Reichsverweser; mit Zustimmung der Regierungen übergab der Reichsverweser, was er erhalten, der Bundes-Central-Kommission, und diese wird zu seiner Zeit die überkommenen Rechte und Pflichten dem Organ zu übergeben haben, über welches für diesen Zweck der übereinstimmende Wille aller Regierungen sich vereinigt. Das Organ selbst ist, rechtlich betrachtet, das Nebensächliche; wesentlich ist die übereinstimmende Wille aller Regierungen. Er hat nicht gefehlt, als der Reichsverweser das Amt übernahm, nicht gefehlt, als es in die Hände der Bundes-Central-Kommission überging, und es wäre ein folgenschwerer Rechtsbruch, wenn es ohne den übereinstimmenden Willen aller Regierungen an ein anderes Organ, es sei dies nun ein neues oder ein willkürlich wieder hervorgezerrufenes, übertragen werden sollte.

In dem Vorstehenden ist der Nachweis geführt, daß die Bundes-Versammlung nicht bloß thatsächlich, sondern auch rechtlich aufgehört hat, zu bestehen, und daß die Einwendungen sämtlich unhaltbar sind, welche dagegen erhoben worden. Jede Bundes-Regierung hat das Recht, an die übrigen den Antrag zu richten, sich darüber zu erklären, ob sie in die Wiederherstellung willigen wolle. Keine aber hat das Recht, eine Bundes-Versammlung auszusprechen; und wenn dies geschehen, und wenn es mehr sein sollte, als der Versuch, die Meinung der Bundesgenossen über ihre Zustimmung oder Verweigerung zu erforschen, wenn der unberechtigten Ausschreibung die Anwendung von erloschenen Zwangsverordnungen folgen sollte: so würde dies, sofern auch die Voraussetzung liegt, ein Bruch des Bundesrechtes sein, welcher dieses selbst in seinem ganzen Umfange in Frage stellen müßte.

Berlin, den 25. August 1850.

[Antwort der preuß. Regierung auf die englische Depesche, betreffend die Beilegung der Feindseligkeiten in den Herzogthümern durch Preußen.] Das Schreiben unseres Ministers der auswärtigen Angelegenheiten ist gerichtet an Herrn v. Perponcher, den preuß. Geschäftsträger in London. Die Antwort lautet:

Es ist zu wünschen, daß die Depesche erkenne, daß der königliche preussische Staatssekretär den Wunsch ausgedrückt, die königliche Regierung wolle mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln auf die Etablierung der Feindseligkeiten zwischen Preußen und dem Reich einwirken, welche er als eine Verletzung des Vertrages vom 2. Juli bezeichnet. Die königliche Regierung läßt dem angelegentlichsten Wunsche des kais. Staatssekretärs, daß dem Blutvergießen ein Ende gemacht und der Friede in den Herzogthümern hergestellt werde, gen und in vollem Maße gerechtigkeit widerfahren, und sie theilt diesen Wunsch aufrichtig, wie sie denn diese Genugthuung vielfach auch durch die That bewährt hat. Sie muß aber zunächst darauf hinweisen, daß sie keine anderen Mittel besitzt, ihren Einfluß geltend zu machen, als die Ertheilung ihres Rathes nach beiden Seiten hin, da ihr keine Befugnisse autoritativer Einwirkung auf die von dem Bunde in Holstein eingefetzte Regierung zusteht. Sie würde namentlich kein Recht haben, vor erfolgter Ratifikation des Friedens durch den deutschen Bund die Staatsverträge für die Beilegung desselben verantwortlich zu machen, und nach erfolgter Ratifikation würde das immer nur im Namen und speziellen Auftrag des Bundes geschehen können. Das eine solche Ratifikation ist nicht erfolgt ist, bezeugt die königliche Regierung aufrichtig; sie darf aber voraussetzen, daß es dem kais. Staatssekretär nicht unbekannt sei, wie die Schwierigkeiten, welche sich derselben bis jetzt entgegenge stellt haben, nicht von Preußen, sondern vielmehr von ganz anderer Seite ausgegangen sind; wie Preußen vielmehr alles, was in seiner Macht gestanden, gethan hat, um mit eigener Selbstverleugung diese Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Die königliche Regierung würde demnach zu einem thatsächlichen Einschreiten in Holstein nicht berechtigt sein, selbst wenn sie eine Eventualität ins Auge fassen wollte, deren Durchführung gegen den durch eine Feme von mehr als 30.000 Mann unterstellten Willen der Herzogthümer die Ausschreibung eines Armee-corps von entsprechender Stärke erfordert würde — eine Unmöglichkeit, welche der kais. Staatssekretär ebenfalls als solche an Preußen zu stellen gemeint sein kann. — Dem Friedensstratege die königliche Regierung eine jede, angeblich einem Einverständnisse in der Preußen hergeleitete Verpflichtung zu dem Einverständnisse in der Herzogthümer auf das entschiedenste ablehnen. Der einfache Einblick in den Vertrag lehrt, daß Preußen eine solche Verpflichtung niemals übernommen hat. Die in der Depesche des kais. Staatssekretärs enthaltene Bezugnahme auf jenen Vertrag hat uns daher nicht wenig überrascht, da es Niemandem besser als der vermittelnden Macht bekannt sein kann, daß der einfache Friedensschluß von beiden Seiten ausdrücklich in der Absicht angenommen ist, den Ereignissen freien Lauf zu lassen, — die Ausgleichung zwischen den Herzogthümern und ihrem Landesherren beiden Theilen selbst mit ausdrücklicher Rücksicht auf die Eventualität einer Entscheidung durch Wassengenot, anheim zu stellen. Preußen würde daher nicht eigentlich seinen Verpflichtungen unterworfen werden, wenn es eine Auffassung, welche sich aus dem Wortlaut des Traktats unzweifelhaft ergibt, ist entschieden durch die anderen Paciscenten, indem das Dänemark kein Schritt gethan ist, der auch nur im entferntesten darauf hinbeutet, daß es Preußen für verpflichtet hält, sich einer Wiederaufnahme der Feindseligkeit von Seiten der holsteinischen Armee thätlich zu widersetzen. Es ist zu wünschen, daß der kais. Staatssekretär diesen Standpunkt der königlichen Regierung unter Vorlegung der gegenwärtigen Depesche offen darlegen und demselben im Uebrigen versichern, wie sehr die königliche Regierung den Wunsch nach einer friedlichen Beilegung des Streites nicht nur theilt, sondern auch bemüht ist, denselben durch alle ihr möglichen Mittel vernünftiger Einwirkung auf beide Theile Geltung zu verschaffen. Empfangen zc. (Kön. S.)

*** Berlin, 3. September. [Die Unionsstaaten. — Hesse-Darmstadt. — Man hofft auf ein Nachgeben Österreichs. — Die konservative Partei. — Es wird die Rückkehr des Königs nach Berlin erwartet. — Die Anforderung Palmerstons zurückgewiesen.] Sämtliche Unions-Staaten haben die Aufforderung, den Bundestag zu beschicken, mit Nothen beantwortet.

wartet, die mit der preussischen, wenn auch nicht dem Wortlaut nach, so doch in ihrem Sinne vollständig übereinstimmen. Was Hesse-Darmstadt anlangt, so hat Herr v. Dattig vor kurzem in einer vertraulichen Mitteilung an das hiesige Kabinett die Versicherung abgegeben, daß sich die großherzogliche Regierung nur in dem Falle an der Bundesversammlung beteiligen werde, wenn Preußen sie ebenfalls bezeichne; aus der bekannten Note folgert man daher mit einiger Zuversicht, daß Hesse-Darmstadt seinen Bevollmächtigten in Frankfurt zurückziehen werde, wenn die dortige Versammlung in ihrer ursprünglichen Prätention zu tagen fortfahren sollte. Uebigens schmeicheln sich hier Leute, welche die Beziehungen zu Oesterreich genau kennen wollen, der Hoffnung, daß Fürst Schwarzenberg von seiner Forderung absehen und der Frankfurt-Verammlung den Charakter einer frei beratenden zuerkennen werde; diese Aussicht wird hier mit großer Zuversicht ausgesprochen. Für den Fall, daß in gemeinsamen Beratungen unter Beihilfung Preußens und der Unionstaaten die Verhandlungen in Frankfurt von neuem auf einer tabula rasa beginnen sollten, wird eine Verständigung der beiden deutschen Großmächte notwendig vorangehen müssen, um einsofse und nutzlose Debatten von vornherein abzumachen und die Intrigen der kleinen Königreiche, an denen Oesterreich auch keine Freude hat, zu paralytisiren. Alle diese Chancen werden von unseren Politikern bereits erwogen, und wir theilen sie einfach mit, da sich bei der Unsicherheit und dem wankenden Grunde unseres politischen Lebens eine Kritik von selbst verbietet.

Die hiesige konservative Partei wird dem Könige nicht durch eine Adresse, sondern auf den Vorschlag des Dr. Firmenich und des Professor Hensel durch eine Deputation das Festhalten der Union empfehlen, welche aus Mitgliedern des konservativen Central-Ausschusses bestehend, im Namen der gesammten Partei Sr. Majestät auf das Dringlichste ersuchen soll, Oesterreich und seiner Bundesrats-Politik Widerstand zu leisten und dadurch den Keim einer neuen Revolution zu vernichten. Man erwartet übrigens die baldige Rückkehr des Königs in die Residenz, die er seit der Revolution gemieden hat; denn schon früher hat er Deputationen gegenüber seine Rückkehr von der Wahl einer konservativen Gemeinde-Vertretung abhängig gemacht, welche Bedingung eben jetzt vollständig erfüllt wird. (S. unten.)

Lord Palmerston hat zum zweiten Male das hiesige Kabinett zu Gewaltmaßregeln gegen die Stadtalterthümlichkeit aufgefordert; seine Anmuthungen sind aber in einer zweiten Note des Herrn von Schleinitz mit verdoppelter Entschiedenheit zurückgewiesen.

[Legislatorische Arbeiten. Bundesräthliches.] Ueber die Vorbereitung eines den Kammern vorzulegenden Gesetzentwurfs, betreffend die Ehescheidung und die Beurkundung des Personenstandes, können wir Folgendes mittheilen: Nachdem die Grundlagen des Entwurfs in dem Justiz-Ministerium beraten worden, sind dieselben, unter Zuziehung von Kommissarien der Ministerien der geistlichen Angelegenheiten und des Innern, weiter erörtert worden. Hiernächst hat der Referent im Justiz-Ministerium, geh. Rath Bischof, den vorläufigen Entwurf ausgearbeitet, welcher den ferneren Beratungen der Ministerien über diesen wichtigen Gegenstand zum Grunde gelegt werden soll. Dieser Entwurf geht davon aus, daß den Geistlichen derjenigen Religionsgesellschaften, welche bisher berechtigt waren, die Akte des Personenstandes mit bürgerlicher Wirkung zu beurkunden, dieses Recht verbleibe, daß aber außerdem die bürgerliche Beurkundung jener Akte für die Dissidenten und für die Fälle der Weigerung von Seiten der Geistlichen der berechtigten Religionsgesellschaften geregelt werden soll. Der geheime Revisionsrath v. Daniels hat auf Veranlassung des Justiz-Ministers eine deutsche Bearbeitung der englischen Gesetze über die Registrierung der Geburten, Heiraths- und Sterbe-Akten geleistet; auch ist ihm der vorläufig aufgestellte Entwurf zur Begutachtung mitgetheilt worden.

Der im Justiz-Ministerium umgearbeitete Strafgesetz-Entwurf für die ganze Monarchie ist nebst dem dazu gehörigen Publikations-Patent gegenwärtig vollendet und wird demnächst zur Berathung im Staats-Ministerium gelangen.

Da laut telegraphischer Meldung der „reaktiven“ Bundesräth gesten zu Frankfurt a/M. eröffnet worden, so wird es dienlich sein, zu bemerken, daß in Folge Beschlusses des provisorischen Fürsten-Kollegiums in dessen Sitzung vom 26. v. M. sämtliche Union-Regierungen ihre ablehnende Antwort auf die österreichische Einladung zur Theilnahme an dem beabsichtigten Bundesstage dergestalt haben ergoßen lassen, daß die Mittheilung hierüber im Fürsten-Kollegium vor Ablauf der ersten Woche d. M. erfolgen kann. (C. C.)

C. B. Berlin, 3. September. [Tagesbericht.] Folgende Mittheilung über den gegenwärtigen Personenstand des provisorischen Fürsten-Kollegiums dürfte vielleicht nicht ohne Interesse sein. Dasselbe wird gebildet aus Sr. Excellenz dem General-Lieutenant v. Radowicz als Vorsitzendem, geh. Legations-Rath v. Seydow als Stellvertretendem Vorsitzenden, und dem geh. Justizrath Bömer als Protokollführer preussischerseits; Seitens der andern Staaten aus den Herren Legationsrath Dr. Liebe für Braunschweig, Oberst Moske für Oldenburg, Präsident Volprecht für Nassau, Legations-Rath v. Schall für Mecklenburg-Schwerin, Legations-Rath v. Porbeck, der nunmehr täglich erwartet wird, für Baden, Staatsrath Seebach für die thüringischen Staaten, Dr. Bantß für Hamburg, Bürgermeister Smide für Bremen und Synodus Dr. Eder für Lübeck. Die beiden Hessen und Mecklenburg-Strelitz sind bekanntlich zur Zeit nicht vertreten. Die ordentlichen Sitzungen des Fürsten-Kollegiums finden Dienstag und Freitag statt. Das Versammlungslokal ist das auswärtige Ministerium. Chef des Bureau's ist Kanzler Rath Korn, dem noch zwei andere Beamte zur Seite stehen.

Es ist auffallend, wie die französischen Blätter, gleichviel ob bonapartistisch, legitimistisch oder orleanistisch oder republikanisch sich durchgängig der auswärtigen österreichischen Politik annehmen, es giebt fast kein französisches Blatt in Paris, das mit Mißgunst und Würde die politischen Verwickelungen bespricht, die zur Zeit zwischen Preußen und Oesterreich obwalten. Ein in die französischen Presseverhältnisse eingeweihter Mann theilt uns mit, daß österreichische Agenten mit Aufwendung bedeutender Summen, zum Theil für vierteljährliche Zahlungen mittelst Vortrages das Recht erworben hätten, in einzelnen Zeitungen einen bestimmten Raum mit politischen Artikeln zu füllen.

Einige Momente aus dem Eiserfeld der Maiauffande haben heute zu einer Verhandlung vor dem rheinischen Revisions- und Kassationshofe Veranlassung gegeben. Der bekannte Otto v. Mirbach, durch den Sicherheitsausschuß zum Oberkommandanten von Eiserfeld ernannt, war von den Geschworenen wegen des politischen Theils der Anklage für nicht schuldig, dagegen der widerrechtlichen gewaltsamen Gefangenhaltung des Daniel v. d. Heydt für schuldig erklärt und zu zweijähriger Gefängnißstrafe, jedoch auch zur solidariischen Kostentragung mit den übrigen Genossen des großen Kriminalprozesses verurtheilt. Hiergegen hat er nun das Kassationsgesuch eingelegt, ohne jedoch dasselbe mit einer Rechtfertigungsschrift zu begleiten oder sich mit einem Vertheidiger versehen zu haben. Der Generalprokurator wendete ein, daß ein Kassationsgesuch, da der Angeklagte der ihm zur Last gelegten Verbrechen nicht schuldig und nur eines Vergehens schuldig befunden worden, nicht zulässig sei. Einige andere Angeklagte des Eiserfelder Maiauffandes hatten gleichfalls Kassation der gegen sie gesprochenen Verurtheilungen nachgesucht, der Eine, weil angeblich nur ein Zeuge gegen ihn ausgesagt und weil die Geschworenen die Hauptfährer der Insurrektion freigesprochen hätten,

Hiergegen machte der Generalprokurator geltend, daß der letzte Kassationsgrund eine Anfechtung des Spruches der Geschworenen involvire und aus dieser Ursache unannehmbar sei. — Endlich hatte das öffentliche Ministerium die Kassationsbeschwerde über das wider den Redakteur Christian Häusler ergangene Urtheil erhoben. Häusler war beschuldigt, in einem Aufsatze der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Die freie Presse“ (Nr. 42 vom 15. Mai v. J.) erfolglos zur Bewaffnung aufgefordert, event. zur Widerseßlichkeit gegen die öffentliche Macht angereizt zu haben. Der Strafantrag ging dahin, den Angeklagten nach Art. 102 des Strafgesetzes in Verbindung mit § 14 des im Mittelst erschienenen Gesetzes vom 30. Juni v. J. zu zweijähriger Zuchthausstrafe zu verurtheilen. Auf diesen Antrag des Oberprokurators erklärte der Angeklagte, er verschmähe es, von der Wohlthat des ihm zu flatten kommenden milderen Gesetzes Gebrauch zu machen, er verzichte auf diese Wohlthat und wolle nach dem alten Strafgesetz zu zehnjähriger Landesverweisung verurtheilt werden. Das Gericht, in der Voraussetzung, daß das neuere Gesetz das mildere sei, ließ diesen Verzicht gelten und ersannte auf zehnjährige Landesverweisung. Das öffentliche Ministerium verlangt die Kassation des Erkenntnisses, weil der Verzicht des Angeklagten für den Richter nicht habe maßgebend sein dürfen und weil überdies die zehnjährige Stellung des Angeklagten unter Polizeiaufsicht hätte ausgesprochen werden müssen. Der Generalprokurator tritt dem letzteren Antrage bei, weil derselbe nicht erst aus dem neueren Gesetz sondern schon aus Art. 47 des code pénal gerechtfertigt sei. Dagegen hält er in Betreff des ersten Antrages nur die Voraussetzung, daß das Gesetz vom 30. Juni 1849 das mildere sei, für irrig. Dasselbe verhängt Zuchthausstrafe, mithin eine infamierende Strafe, während die Landesverweisung nicht infamierend, also gelinder sei. Auch ohne den Verzicht des Angeklagten hätte also, schon nach dem Gesetz vom 23. Juni 1810, das ältere Strafgesetz als das mildere, zur Anwendung gebracht werden müssen.

Nach mehr als einstündiger Berathung erklärte der Gerichtshof, er werde die Entscheidung am nächsten Sessionstage publiciren.

Den heut' früh 6 Uhr von hier abgegangenen Güterzug der Berlin-Potsdamer Eisenbahn hat der Unfall betroffen, daß er durch falsche Stellung einer Locomotive auf einen in Reparatur befindlichen Strang geleitet und die Maschine aus dem Geleise gegangen ist. Glücklicherweise war die Geschwindigkeit nur gering und es sind deshalb auch Personen nicht verletzt worden. Zwei Güterwagen und einige Colli wurden stark beschädigt. — Gestern fuhr Hr. Anselm v. Rothschild hier durch, von Frankfurt kommend, nach Potsdam. Er wurde schon heute wieder zurück erwartet und wird sich von hier auf seine Besitzungen nach Schlesien begeben. — Mit der hamburger Bahn sind in diesen Tagen mehrere Personen, die als Freiwillige von hier nach Holstein gegangen waren, muthwillig und als Deserteurs zurückgekehrt. Das müßige Leben im Lager, die verschiedenen beunruhigenden Gerüchte, die gemüthlichen Früchte einer zaudernden Kriegstatistik u. dergl. m., sollen nach den Schilderungen dieser Ausreißer eine allgemeine Verstimmlung hervorgerufen haben, welche bei ihnen dahin gewirkt hat, sie zur heimlichen eigenmächtigen Entfernung aus der eben eingegangenen Dienstpflicht zu bewegen. — Elbhu Buerit und 6 bis 8 andere Theilnehmer des frankfurter Kongresses, sämtlich Landes- und Konfessionsgenossen des eifrigen Freidenkthums, sind gegenwärtig hier und eifrig bemüht, Sympathien für das Prinzip des ewigen Friedens und für Herstellung des Friedens zwischen Holstein-Schleswig und Dänemark zu wecken. Dem Vernehmen nach haben dieselben eine Audienz bei Sr. Majestät dem Könige zu erlangen gesucht.

[Gemeindevahlen. — Gewerberath.] Mit dem gestrigen Tage haben unsere Gemeindevahlen begonnen. Das Interesse für dieselben ist ein so lebhaftes und ausgedehntes, wie man nach der bisherigen Apathie bei den politischen Wahlen kaum annehmen dürfte. Die Demokratie, welche sich bekanntlich seit der Kammer-Auflösung vom parlamentarischen Wirkungskreis entfernt hielt, ist diesmal mit ganzem Kraftaufwande erschienen, und der dadurch hervorgerufene Kampf überbietet an Heftigkeit und Hartnäckigkeit der Partei-Agitationen in der That alles selbst im Jahre 1848 Dagewesene. Man sieht die von jeder Seite bestellten Vertrauensmänner in manchen Bezirken von Haus zu Haus gehen, um die Säuglinge an ihre Pflicht zu erinnern. Den Vortag dürfte jedoch diesmal die konservative Partei sowohl durch ihre Organisation, als ihren Eifer behaupten. Dies hat bereits die Folgen gehabt, daß am gestrigen Tage die konservativen Kandidaten die demokratischen Kandidaten in fast allen Bezirken der dritten Wahl-Abtheilung, Seitens welcher der Reigen eröffnet ist, mit so bedeutenden Majoritäten besiegten, daß, obwohl die Wahlen der dritten Abtheilung erst heute abschließen, doch das Resultat bereits als feststehend erachtet werden kann. Die Demokratie unterliegt fast überall. Es ist diese Niederlage für die demokratische Partei um so empfindlicher, als sie gerade vorzugsweise auf die dritte Abtheilung ihr Augenmerk richten mußte. Allein nicht einmal die erlaubten Stadterverordneten, deren Wiederwahl man vor allen gesichert hielt, haben eine Majorität erlangen können. So erhielt im 25. Wahlbezirk der bekannte, ebenfalls erklarte Stadtverordnete Ritz nur 33 Stimmen, dagegen sein konservativer Gegenkandidat, Schulmeister Marggraf 174. Im 28. Bezirk unterlag derselbe Herr Ritz mit 64 Stimmen dem konservativen Gegenkandidaten Glaser, welcher 145 Stimmen erhielt. Im 26. und 27. Wahlbezirk erhielt der ehemalige erklarte Stadtverordnete Herr Sasse, jedoch nur 26 Stimmen, dagegen seine konservativen Gegenkandidaten Kaufmann Schönborn und Rathszimmermeister Hampel resp. 180 und 201 St. Der bekannte Mitarbeiter der Nationalzeitung, Herr Regiments-Assessor a. D. Paulow, unterlag im 10. Wahlbezirk mit 32 Stimmen dem konservativen Kandidaten Buch-Andler Reimer, welcher 168 Stimmen hatte. Der ehemalige Stadtrath Runge erhielt im 16. Wahlbezirk 24 Stimmen, sein konservativer Gegner Fabrikbesitzer Dewaranne 91 Stimmen. Der bekannte Dr. Stern erhielt im 23. Bezirk 14 Stimmen, der geh. Regierungsrath Lehner 152 Stimmen. Der Dr. Waldeck erhielt im 29. Bezirk 55 und im 6. Bezirk 47 St., dagegen im ersten Bezirk sein konservativer Gegner der Kaufmann Siegling 141, im letzteren der Bezirksvorsteher Zek 170 Stimmen. Endlich hatte der erklarte Stadtverordnete v. Kunowetz im 9. Bezirk 93 Stimmen, sein Gegner, der Hof-Juwelier Reitz, dagegen 136. Von allen diesen Zahlverhältnissen machen fast nur der 31. und 32. Bezirk eine Ausnahme, in welchen die demokratischen Kandidaten, der Tischler Höhne und der erklarte Stadtverordnete Eister mit resp. 113 und 150 Stimmen über ihre konservativen Gegner, welche nur 94 und 111 Stimmen hatten, den Sieg davontrugen. Da, wie oben bemerkt, die Wahlprotokolle erst heute Nachmittag abschließen, so dürfen sich die Zahlenlage wohl noch mannigfach ändern, auch wird vielfach behauptet, die Demokratie werde größtentheils erst heute wählen; indeß das ebenfalls viel konservativer im Rückstande steht, so dürfte sich das Resultat kaum noch anders gestalten. Zudem herrscht heute ein unablässiges Regenwetter, und es ist bekannt, daß dergleichen Unwetterlichkeiten auf den Ausgang von Wahlen nicht ohne bedeutenden Einfluß zu sein pflegen. Morgen beginnen die Wahlen der zweiten Abtheilung.

Morgen werden endlich der Berliner Gewerberath zu seiner lang ersehnten und viel beweissten Existenz gelangen. Der Bürgermeister Herr Raunyn ist als Regiments-Kommissar beauftragt, die Mitglieder förmlich in ihr Sitzungslokal einzuführen und dieselben dort durch Handschlag in Eid und Pflicht zu nehmen. (A. Z. C.)

Am 1. d. M. kamen hier 491 Personen an und reisten 612 ab. Angekommen der kaiserlich russische Gesandte am kgl. großbritannischen Hofe, v. Brunnow, von Stettin; der großherzoglich mecklenburg-strelitzische Staats-Minister v. Bernstorff von Neu-Strelitz.

Bis zum 1. d. Mts. Mittags waren als an der Cholera erkrankt angemeldet: 572, Zugang bis zum 2ten Mittags 28, Summa 600. Davon sind genesen 132, gestorben 201, in Behandlung verblieben 167. Unter den zuletzt gemeldeten 28 sind 12 Todesfälle.

Seitens des hiesigen Polizei-Präsidiums sind, wie wir hören, in der letzten Zeit einige sehr wichtige Anträge bei dem Ministerium des Innern angebracht worden. Der eine derselben bezieht sich auf die definitive Organisation der Schutzmannschaft, wodurch die Wirksamkeit und das Gedeihen dieser bei der jetzigen Ausdehnung der Hauptstadt unentbehrlichen Anstalts wesentlich bedingt ist. Der andere Antrag betrifft das Feuerlöschwesen Berlins, für dessen zweckmäßige und zugleich weniger kostspielige Einrichtung ein auf die Kombination des Feuerlösch-Machtworts und Straßenreinigungsdienstes gegründeter Plan entworfen ist. Zunächst schweben über diese Angelegenheit noch Verhandlungen mit dem Magistrat ob, deren Erledigung jedoch in nächster Zeit zu erwarten steht. (C. C.)

C. C. Berlin, 2. Sept. [Die Mainzer Frage. Schluß.] Obgleich die beiden, in dieser Frage allein kompetenten Behörden, nämlich die Bundes-Kommission und das Festungs-Gouvernement, sich auf diese Weise übereinstimmend dafür erklärt hatten, daß der Durchzug kein Hinderniß entgegenzustellen, so nahm die Einzel-Regierung von Oesterreich doch keinen Anstand, sich gegen diese Entscheidung der Bundesbehörden offen aufzulehnen. Schon wenige Tage nach der zuletzt angeführten Erklärung des Festungs-Gouvernements — am 29. Juli — ließ die österreichische Regierung durch ihre Bundes-Kommission, v. Kübel und v. Schönholz, gegen den mit Umgehung der Autorität des Bundes erfolgten Abschluß der auf den erwähnten Ausmarsch bezüglichen Uebereinkunft und deren Ausführung bei der Bundes-Central-Kommission eine förmliche Rechtsverwahrung und Einsprache einlegen, und von diesem Schritte gleichzeitig sämtliche Bundes-Regierungen benachrichtigen. Aber selbst hierbei blieb die österreichische Regierung nicht stehen. Unter demselben Datum richtete sie an die Freiherren v. Prokesch eine Depesche, in welcher sie anzeigte, daß sie unter Bezugnahme auf §§ 38, 25 und 42 des Mainzer Festungs-Reglements dem Vice-Gouverneur und den österreichischen Bundes-Kommissaren die „Weisung“ gegeben habe, „wenn ein nochmaliger Durchzug beabsichtigt würde, die hiezu erforderliche Erlaubniß nicht zu erteilen, und diese Verfügung auf Grund der erwähnten Paragraphen unbedingt aufrecht zu erhalten, so lange sie nicht durch einen gültigen Bundesbeschluss aufgehoben werden sollte. In Uebereinstimmung hiermit ist die großherzoglich badische Regierung durch den k. k. Geschäftsträger in Karlsruhe bereits benachrichtigt worden, daß der Vice-Gouverneur von Mainz einen weiteren Durchzug durch diese Bundesfestung nicht gestatten werde.“

Diese beiden Schritte Oesterreichs, die nicht allein blind preussensinnlich waren, sondern offenbar auch dasselbe Bundesrecht verletzten, dessen ungeschmälerten Fortbestand es selbst bisher so hartnäckig verfochten hatte, erforderten folglich preussischerseits eine, wenn auch gemäßigtere, so darum nicht minder entschiedene und schlagende Zurückweisung durch zwei entsprechende Schritte. Der Einsprache der österreichischen Bundeskommissarien gegenüber erhoben die preussischen Bundeskommissarien, v. Pucher und Böttcher, am 7. August ihrerseits „eine förmliche Verwahrung und Einsprache“ dagegen, „daß durch die Maßregel der badischen Regierung die Autorität des Bundes beeinträchtigt, dessen Organ also berufen sei, der Einsprache des k. k. Kabinetts eine Folge zu vermittel.“ Sie wiesen darin nach, daß es gar nicht in der Kompetenz der Bundes-Kommission liegen würde, so tief in die Regierungsrechte des Großherzogs von Baden einzugreifen, als es durch ein Verbot der Truppenmärsche geschehen müßte; daß ferner die durch den Reichsverweiser und die deutschen Regierungen in Vollzug gesetzten Beschlüsse der National-Versammlung die Vorschriften der Bundeskriegsverfassung außer Kraft gesetzt hätten, und daß die betreffende Bestimmung der Konvention vom 30. September 1849 selbstredend nur eine Anerkennung des damaligen Bestandes der Bundeskriegsverfassung bezweckt haben könne. Sie zeigten, daß, selbst wenn die Bundeskriegsverfassung noch durchaus maßgebend wäre, sie doch durch das Verfahren Badens nicht verletzt sein würde, und erklärten schließlich in Bezug auf die erwähnte österreichische „Weisung“, „daß keine Bundesregierung das Recht hat, den Gouvernements der Bundesfestungen Befehle zu erteilen, daß letztere bei dem Antritt ihres Amtes eidlich geloben müssen, sich durch kein Verhältniß zu einem Einfluß in der Erfüllung ihrer Pflichten gegen den Bund hüten zu lassen, und daß sie in dieser Pflichterfüllung lediglich an die Befehle der anerkannten Bundes-Centralbehörde zu halten sind.“ — Die erwähnte Depesche an Herrn v. Prokesch aber beantwortete die preussische Regierung am 4. August durch eine andere an den Grafen Bernstorff, in welcher zunächst die österreichische Behauptung, daß der preussisch-badische Vertrag seinem Wesen nach rechts- und bundeswidrig sei, widerlegt, die Kompetenz der provisorischen Bundes-Kommission in Betreff der Weisungsfrage bestritten, ferner erklärt wird, daß Preußen „mit Entschiedenheit jede ungesetzliche Annullation zurückweist, welche dahin abgibt, es in gerechtfertigte Annulierung zurückzuführen, welche demgegenüber die Erfüllung seiner dem badischen Gouvernement gegenüber übernommenen Verbindlichkeit zu behindern“, daß es, sich wegen der ferneren Truppenbewegungen, neben dem Beschlusse der Bundeskommission vom 17. Juli auf Sinn und Bedeutung des Festungs-Reglements berufe und daß Preußen endlich die österreichische „Weisung“ an den Vice-Gouverneur als eine unrichtige, „Weisung“ an den Vice-Gouverneur als eine unrichtige, zweifelhafte Verkennung und Verletzung der dem Bundes zustehenden Rechte bezeichnen, dagegen förmlichen Protest einlegen und alle dergleichen an Bundesorgane gerichtete Weisungen der kaiserl. Regierung ausdrücklich für null und nichtig erklären müsse.“ „Sollte nichtbedauerlicher (so schließt die Depesche) die kaiserliche Regierung an dieser dem Mainzer Festungs-Gouvernement gegenüber eingenommenen Stellung festhalten, und es in Folge solcher, von ihm einseitig ausgehenden Weisungen zur Anwendung ungesetzlicher Gewaltmaßregeln gegen unsere Bundesgenossen kommen, so wird waltmässige Gegenwehr entgegenzusetzen, und uns unterertheilt von jeder Verantwortlichkeit für die unabsehbaren Folgen eines solchen Ereignisses lösen.“ Vor dieser energischen Haltung Preußens auf dem festen Boden des Rechts verschwanden die drohenden „Weisungen“ Oesterreichs. In der Antwort-Depesche vom 12. August ist nicht mehr davon die Rede; es handelt sich darin nur noch um einen guten Rückgang aus der voreinstimmig eingenommenen öffentlichen Stellung in die gescheiterte defensiv. Nachdem mit großem Aufwande von Dialektik der Versuch gemacht ist, alle einzelnen Sätze der preussischen Depesche zu widerlegen, wird eine beiläufige Hinweisung Preußens „auf die vertragmäßige schiedsrichterliche Entscheidung“ begierig ergriffen und mit Eifer als rettender Ausweg benutzt. Das „dagebotene Schiedsgericht“ wird bereitwillig angenommen und Baiern folglich als Richter bezeichnet. Nach dieser doppelten Haste, im drohenden Angriff und im bereitwilligen Rückzuge, macht es einen wunderlichen Eindruck, wenn dieselbe Regierung ihre Depesche an Preußen, das nur erklärt hat, einen ungesetzlichen Angriff abzuwehren zu wollen, mit der wüthenden, fast väter-

lichen Ermahnung schließt: „Demgemäß müssen wir aber auch wünschen, daß die gereizte Stimmung, welche sich in den letzten Mittheilungen des Berliner Hofes kundgibt, einer ruhigen, besonnenen und unbefangenen Erwägung der Verhältnisse weichen möge.“ Preußen beschränkt sich in seiner Antwort vom 19. August darauf, den Fall, in welchem allein zur schiedsrichterlichen Entscheidung geschritten und die Frage, die ihm dann vorgelegt werden soll, genau zu präcisiren. Es erklärt, daß es über die Verlegung badischer Truppen und die mit ihnen abgeschlossene Konvention keines Schiedsgerichts bedürfe, weil es keinem Bundesgliede das Recht eines Einspruchs dagegen zugehe. Es handle sich nur um den Durchmarsch der Truppen durch Mainz; und auch in Betreff dieses könne nur dann auf ein Schiedsgericht rekurriert werden, wenn das Festungs-Gouvernement einen abnormals angemeldeten Durchzug verweigert, und wenn alsdann die Bundes-Kommission weder ihren früheren Beschluß vom 17. Juli auf alle späteren Durchmärsche ausdehnen, noch auch einen hierdurch notwendig werdenden neuen Beschluß einstimmig fassen will. Nur für diesen genau bezeichneten Fall nimmt Preußen die schiedsrichterliche Entscheidung an; in allen übrigen erklärt es dieselbe für überflüssig und wird fortfahren, allein seiner Auffassung des Bundesrechtes zu folgen. — Man wird gesehen müssen, daß die Rückgasthür, welche die preussische Regierung sehr gelegentlich der österreichischen Offensiv, hierdurch wieder sehr enge zugezogen ist, und daß es fast den Anschein der Unfreiwilligkeit gewinnt, wenn man sich entschließt, den einzigen schmalen Weg zu gehen, auf den man mit strengem Finger hingewiesen wird. Nichtsdestoweniger bringt (so melden telegraphische Depeschen) die offizielle „Wiener Zeitung“ vom 27. August „eine Note, nebst Denkschrift, woraus sich ergibt, daß Oesterreich durch das acceptirte Schiedsgericht nur eine Interpretation des Mainzer Festungs-Reglements beabsichtigt.“

Das ist also der Ausgang der drohenden „Weisungen!“

Königsberg, 1. September. [Aufklärung des Gutes berg-Bundes.] Die hier unter dem Namen „Gutenbergs-Bund“ bestehende Gesellschaft, deren Mitglieder die hiesigen Buchdruckergehilfen sind, wollte gestern Abend in ihrem gewöhnlichen Vereinslokal, auf dem altstädtischen Markt, eine Versammlung halten. Kurz vor Eröffnung derselben erschienen unter Anführung des Polizei-Districts-Kommissars Tischer 6 Polizeiergeanten und Gensd'armen im Vereinslokal und Herr Tischer eröffnete der Gesellschaft, daß er die Forderung habe, die Versammlung aufzulösen. Die Versammelten widersetzten sich auch sogleich in diese Maßregel und gingen auseinander. Wie man hört, soll die Kompromittirung eines Mitgliedes des Vereins durch einen Brief aus Berlin den Anlaß zu erwählter Maßregel gegeben haben. (Konst. M.)

Deutschland.

Frankfurt, 1. Sept. [Auf zuverlässigem Wege erfahren wir jetzt, daß die Eröffnung des „reaktiven“ Bundesstages morgen Mittag mit aller Formlichkeit vor sich gehen wird. Gestern Vormittag fand eine Sitzung des „Plenums“ statt, in welcher das große Ereigniß angehängt wurde; gegen Abend traf ein Courier aus Wien ein, worauf sich sämtliche Mitglieder des „Plenums“ noch einmal bei Graf Thun einfanden. Man versichert uns, daß in dieser letzten Versammlung kein abweichender Beschluß gefaßt worden, um so mehr als die Depesche aus Wien den Grafen Thun angewiesen habe, seiner früheren Instruktion gemäß, „energisch vorzugehen“. Zuwachs oder Aenderung des Personals sind bis jetzt nicht eingetreten. Dieselben Individuen, welche im „Plenum“ Komödie gespielt haben, nehmen nur die etwas andere Rolle der neuen Pöste an. Das Publikum schenkt dieser Kurzwelt der „großdeutschen“ Diplomaten keinerlei Aufmerksamkeit. Man glaubt, der „engere Rath“ werde unmittelbar nach glücklich erfolgter Konstituierung die schwere Arbeit seiner Vertagung in Angriff nehmen. — Baiern scheint jetzt mit Gewalt Großmacht werden zu wollen. Die Truppenaufstellung am Untermain soll dem deutschen Knoten gelten, während gleichzeitig in Baiern daran gedacht wird, der preussischen Regierung das Amt eines Bundesführers bei den drohenden Feuerbränden in Hessen streitig zu machen. (Konst. Z.)

Stuttgart, 30. August. [Berichtigung.] Die Angabe von Herrn v. Gärtner's Ernennung zum Finanzminister hat sich für jetzt als voreilig erwiesen, obgleich sie von Ministerialbeamten herührte. Herr v. Gärtner hatte nämlich von den neuen baulichen Einrichtungen im Finanzministerium und der neuen Ministerwohnung Einsicht genommen und in Begleitung des Hrn. v. Knapp das ganze Ministerialgebäude besichtigt. Das gab zu dem hier allgemein verbreitet gewesenen Gerüchte um so mehr Veranlassung, als Herr v. Knapp schon bei Übernahme seines Ministeriums sich den Rücktritt auf die Eisenbahn-Direktion vorbehalten und überhaupt erklärt hatte, daß er gerne bald möglichst wieder auf das Postfussle verzichtete würde, da es stets nur als provisorisch in seinen Händen betrachtet haben soll. (M. S.)

Stuttgart, 1. Sept. [Steuer.] Das gestrige Regierungsblatt enthält eine k. Verordnung, wonach, in Erwägung, daß das Gesetz vom 9. Juli 1850 in Betreff der Forterhebung der Steuern die einstweilige Forterhebung der in dem ordentlichen Etat auf 1848—1849 verwilligten Steuern und Abgaben nur für die zwei ersten Monate des laufenden Etatsjahres anordnet; ferner in Erwägung, daß die nach der Verordnung vom 2. Juli d. J., in Betreff der Auflösung der Landesversammlung einzuberufende außerordentliche Landesversammlung wegen unabsehbaren Rücksichten erst im Laufe des kommenden Monats Oktober zusammenzutreten wird, und somit eine fällige Verabschiedung über weitere Verlängerung des Zeitraums für die einstweilige Forterhebung der Steuern und Abgaben vor dem Ablaufe des in dem Gesetze vom 9. Juli d. J. hierfür bestimmten Zeitraumes unthunlich ist; Behufs der Sicherstellung verschiedener in der Zwischenzeit nach den bestehenden Gesetzen anfallender Abgaben, auf den Grund des § 89 der Verfassungsurkunde, die Aufhebung der Wirtschaftsabgaben, Accisegefallen, Sporteln und Hundeaufgaben vom 1. September 1850 an, bis zum Zeitpunkte der fälligen Verabschiedung angeordnet wird. § 2 bestimmt, daß die Steuerpflichtigen den vollen Betrag auf Anordnung der Behörden da zu hinterlegen haben. § 3. Die so hinterlegten Gelder dürfen vor erfolgter Verwilligung der betreffenden Steuern zu Staatszwecken nicht verwendet werden; sie sind vielmehr bis zum Zeitpunkte dieser Verwilligung gleich anderen hinterlegten Geldern zu behandeln. — Eine zweite Verabschiedung der Wirtschaftsabgaben, der Accisegefallen, der Sporteln und der Hundeaufgaben, der Verfassungsurkunde, die Aufhebung der Wirtschaftsabgaben, Accisegefallen, Sporteln und Hundeaufgaben vom 1. September 1850 an, bis zum Zeitpunkte der fälligen Verabschiedung angeordnet wird. § 2 bestimmt, daß die Steuerpflichtigen den vollen Betrag auf Anordnung der Behörden da zu hinterlegen haben. § 3. Die so hinterlegten Gelder dürfen vor erfolgter Verwilligung der betreffenden Steuern zu Staatszwecken nicht verwendet werden; sie sind vielmehr bis zum Zeitpunkte dieser Verwilligung gleich anderen hinterlegten Geldern zu behandeln. — Eine zweite Verabschiedung der Wirtschaftsabgaben, der Accisegefallen, der Sporteln und der Hundeaufgaben, der Verfassungsurkunde, die Aufhebung der Wirtschaftsabgaben, Accisegefallen, Sporteln und Hundeaufgaben vom 1. September 1850 an, bis zum Zeitpunkte der fälligen Verabschiedung angeordnet wird. § 2 bestimmt, daß die Steuerpflichtigen den vollen Betrag auf Anordnung der Behörden da zu hinterlegen haben. § 3. Die so hinterlegten Gelder dürfen vor erfolgter Verwilligung der betreffenden Steuern zu Staatszwecken nicht verwendet werden; sie sind vielmehr bis zum Zeitpunkte dieser Verwilligung gleich anderen hinterlegten Geldern zu behandeln.

Rassel, 31. August. [Kammer-Verhandlung.] Nachstehend theilen wir, nach der N. H. Z., die weitere Verhandlung über die Forterhebung der Steuern mit. Bei der in der Nachmittags-Sitzung gegen 1/6 Uhr erfolgenden Abstimmung wurden folgende Fragen gestellt: 1) Soll die Genehmigung zur Erhebung der direkten Steuern für den Monat Juli erteilt werden? Verneint mit 25 gegen 22 Stimmen. Die Rechte stimmt für Erhebung. 2) Soll ein Gleiches in Betreff des Monats August geschehen? Verneint mit allen gegen 1 Stimme. Die Rechte gegen dieselbe, weil die Erhebung für Juli nicht genehmigt worden, eine „Forterhebung“ also doch nicht eintreten könne u. 3) Soll imgleichen für den Monat September die Erhebung der direkten Steuern genehmigt werden? Verneint mit allen gegen 7 Stimmen. 4) Soll die Genehmigung zur Erhebung der indirekten Steuern für Juli,

